


**Beylagen : 1. Friederich von Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg [et]c. [et]c. Unsern gnädigsten Gruß zuvor. Edle, Veste ... Wir geben euch aus der angeschlossenen Abschrift zu ersehen, was Wir auf euren Bericht vom 18. Junii a. c. im Betreff der hiebevorn von den Urtheilen und Bescheiden des Magistrats Unserer Stadt Rostock an Unser Consistorium gegangenen ... in Ehe- und Lehn-Sachen**

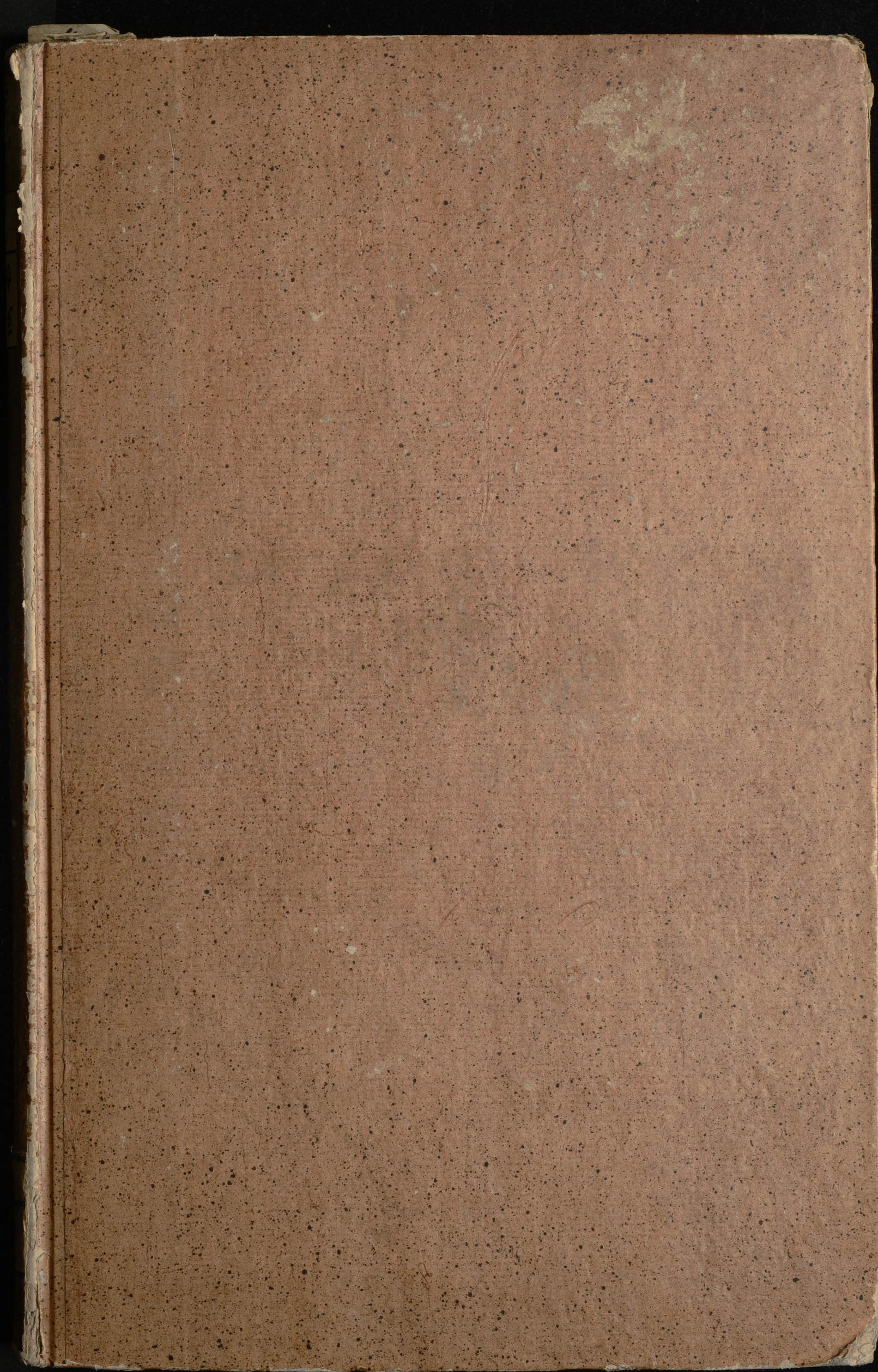
[Rostock?], [1780?]

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn86209500X>

Druck Freier  Zugang









1. Privat. Gedanken S. Aufzeichnung s.
2. Aufgekl. d. d. Gedanken s.
3. Privat. Gedanken S. Aufzeichnung s.
4. Aufgekl. d. d. Gedanken s.
5. Aufzeichnung

Mk-10664<sup>1-5</sup>

53,<sup>1-5.</sup>

2<sup>o</sup>











5  
Zu dieser Beilage ist kein Text  
im Druck erschienen, sondern selbige  
bloß als Beilage von einem Anonymo  
im Druck gegeben







# Beilagen.

I.

Friederich von Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg etc. etc.

Unsern gnädigsten Gruß zuvor. Edle, Beste, Ehrenveste und Ehrfame, liebe Getreue. Wir geben euch aus der angeschlossenen Abschrift zu ersehen, was Wir auf euren Bericht vom 18. Junii a. c. im Betreff der hiebevorn von den Urtheilen und Bescheiden des Magistrats Unserer Stadt Rostock an Unser Consistorium gegangenen, nunmehr aber an Unser Hof- und Land-Gericht zu richtenden Appellationen in Ehe- und Lehn-Sachen, unterm 27. ejusdem an ersagten Magistrat erlassen haben. Wann nun eines Theils ihr in sothanem eurem Bericht demjenigen, was euch besonders in Hinsicht auf das in die Landes-Verfassung einschlagende Principium des Magistrats, mittelst Rescripts vom 6. Junii a. c. zu Erstattung eures pflichtmäßigen Erachtens aufgegeben worden, nicht eigentliche Genüge gethan: Andern Theils der Magistrat, mittelst des abschriftlich beykommenden Exhibiti seine verfängliche Grundsätze noch weiter zur Ungebühr auszudehnen, kein Bedenken genommen hat; So schließen Wir euch hiebey copenlich an, was Wir unterm heutigen Dato an den Magistrat zu Aufrechthaltung der Erb-Verträge und der Landes-Verfassung, in nachdrücklicher Weisung ergehen lassen müssen. Gestalt ihr obliegentlich zu besorgen habet, daß darüber von Unserer Ritter- und Landschaft auf Land-Tagen, und sonst vorkommenden gemeinen Landeschlüssen gehalten, mithin der gemeinschädlichen Folgerung vorgebauer werde, als ob die Rostock'schen Stadt-Gerechtfame, in Aufsehung gemeiner Landeschlüsse erhabener, als die Rechte und Freyheiten Unserer getreuen Ritter- und Landschaft seyn, da gleichwohl Wir allemal diese von eben dem Werth und Betracht wie jene erkannt wissen wollen und Selbst erkennen werden. Habens euch in Gnaden, womit Wir euch gewogen verbleiben, hiedurch anfügen wollen. Datuma auf Unserer Bestung Schwerin den 24. August 1757.

Ad Mandatum Serenissimi proprium.

Herzoglich Mecklenburg. zur Regierung  
verordnete Geheime- und Rätthe.

G. N. B. Ditmar.

## Inscriptio.

Den Edlen, Besten, Ehrenvesten und Ehrfamen, Unsern Lieben Getreuen zum Engern Ausschuß erwählten Land-Räthen und Deputirten von Ritter- und Landschaft Unserer Herzogthümer Mecklenburg

zu  
Rostock.

a

Srie



**U**nsern 1c. Ehrenveste und Ehrsame 1c. Es bleibt euch auf euer unterthänigstes Ex-  
hibitum vom 11. dieses, hiemit in Gnaden ohnverhalten: Was Gestalt Wir es in An-  
sehung der Appellations-Instanz, so viel die Ehe- und geistliche Lehns-Sachen betrifft,  
bey eurer darinn enthaltenen unterthänigsten Erklärung hewenden, und die angehängte  
Reservation auf sich beruhen lassen. Wir haben übrigens von jener so wohl Unserm Con-  
sistorio als Unserm Hof-Gericht die Nothdurft zur Nachachtung unterm heutigen Dato  
angefüget. Nachdem Wir aber zugleich aus dieser Vorstellung mit gerechtestem Misfal-  
len bemerket, was Gestalt ihr wegen der, euch mittelst Rescripti vom 17. Junii a. c. auf-  
gegebenen jedesmaligen Special-Anzeige, der in Ausnahme kommenden Rostockschen  
Stadt-Gerechtsame bey Landtägigen gemeinen Landes-Schlüssen, abermal auf einen  
Erb-Vertrag widrigen und Landes-Verfassung stöhrischen Abweg gerathen, und aus  
dem angezogen §. Es soll und will auch 1c. des Erb-Vertrags vom Jahr 1573 fol-  
gern wollen, als ob Unsre Stadt Rostock an den Land-Tags-Handlungen und Schlüssen  
nicht weiter als durch ihre Mit-Berathschlagung Theil zu nehmen, in Ansehung der  
Befolgung sothaner Schlüsse aber keine Verbindlichkeit habe; So muß euch hiemit fer-  
ner verweislich unverhalten bleiben, daß es entweder eine höchst unbedachtsame oder auch  
gar eine arglistige Vorbenennung des §. Ferner soll und will gemeine Stadt Rostock 1c.  
in dem vorbezoegenem Erb-Vertrage vom Jahr 1573 an den Tag leget, wenn ihr über  
den dürrn Buchstab des jetzt angeführten §., vermöge dessen Unsre Stadt Rostock aus-  
drücklich verpflichtet ist, in so ferne es ihren Privilegien, Freyheiten und Gerechtigkeiten  
nicht zuwider, den auf Land-Tagen genommenen gemeinen Schluß gleich andern  
Unterthanen Folge zu thun, hinauszugehen, euch nicht gescheuet.

Gleichwie ihr nun selbst begreifen müßet, daß durch diese deutliche Vorschrift, eure  
ganze unnütze Ausführung von eurer Unverbindlichkeit in Ansehung gemeiner Landes-  
Schlüsse, Sonnenklar Erb-Vertrag-mithin pflichtwidrig, hingegen Unser Stadt Ro-  
stock Land-Ständliche Mit-Verbindlichkeit zu Befolgung gemeiner Landes-Schlüsse,  
in regula ganz unleugbar sey; Also rechtfertiget sich obberegtes Unser Rescript vom 27.  
Julii jüngsthin, welches diese Regel Erb-Vertrag mäßig voraussetzet, und nur in Fäl-  
len, da von euch oder euren Abgeordneten zum Landtag, der die Stadt-Gerechtsame  
durchaus kennen muß, die gemeinen Landes-Schlüsse wegen der Rostockschen besondern  
Rechte für unverbindlich gehalten werden wollen, die Special-Anzeige derselben in der  
Ritter- und Landschäftlichen Gesamt-Erklärung erfordert, der Gestalt offenbar, daß  
solches hiermit nochmals wiederholet, und euch hiemit ein für allemal zur unterthänig-  
sten Nachlebung vorgeschrieben seyn soll. Es ist gewiß und verstehet sich von selbst, daß  
die auf Landtagen, in Beyseyn des Rostockschen Deputirten ergehende Landes-Schlüsse,  
den erweislichen Rechten und Gerechtigkeiten der Stadt Rostock ohne deren stillschweigen-  
de oder ausdrückliche Einwilligung keinen Abbruch thun können und sollen. Eben so ge-  
wiß aber ist es auch, daß, da nach dem heitern Buchstab des Erb-Vertrags, Unsre  
Stadt Rostock auf Landtagen, in so ferne es ihren Privilegien, Freyheiten und Gerech-  
tigkeiten nicht zuwider, den gemeinen Schlüssen gleich andern Unterthanen Folge zu thun  
pflicht-



pflichtig, sie auch gehalten ist, bey Abgabe des gemeinen Landes-Schlusses, die Stellen und Ursachen der Unverbindlichkeit desselben in Ansehung Unserer Stadt Rostock aus den Erb-Verträgen oder Privilegien jedesmal unterthänigst anzuzeigen. Solches gereicht überhaupt zu mehrerer Sicherheit der Stadt-Rechte selbst, dann auch zu Verhütung aller Mißverständnisse und Unordnungen, mithin werden Wir, daß diesem unterthänigste Folge geschehe, zu seiner Zeit allemal nachdrückliche Verfügung zu treffen nicht Anstand nehmen. Wornach 2c. Und Wir 2c. Schwerin den 24. August 1757.

An  
Bürgermeister und Rath  
zu Rostock.

2.

Hochwohlgebohrne Herren,  
Hochedelgebohrne Herren,  
Insonders Höchst- und Hochzuehrende Herren!

So bereit und willig ich war, den von Deroselben auf den 7ten dieses angesetzten Terminum zur Liquidation mit der Stadt Rostock zu beziehen, so würde auch nicht verfehlen, am 14ten zukünftigen Monats, nach der mir gewordenen gütigen Einladung zu erscheinen, wann ich mich nur mit einiger Wahrscheinlichkeit überzeugen könnte, daß was Nußbares herauskommen dürfte; allein ich muß mit Grunde besorgen, daß bey der jetzigen Gesinnung der guten Stadt Rostock, alle Mühe, zu dem von dem Lande abgezielten Endzweck vergebens ist, und die Ausgaben des Landkastens nur dadurch gehäufet werden.

Denn kaum war der Erbvergleich mit völliger Zustimmung des zureichend legitimierten Deputati der Stadt Rostock geschlossen, in welchem selbiger nicht was neues, sondern den in dem Herkommen von verschiedenen Jahrhunderten gegründeten 12ten Theil der Stadt Rostock ad onera publica, ordinaria et extraordinaria, anerkannt hatte, und kaum waren auf dem ersten Landtage, die Confirmations- und Present-Kosten, von Ritter- und Landschaft auch dem Deputato der Stadt Rostock bewilliget, so suchte selbige sich ihres Beytrages hierzu zu entziehen, und Ritter- und Landschaft ward gezwungen, hierüber einen Rechtsgang mit der Stadt Rostock zu gehen. Eine allgerichteste Urtheil von dem allerhöchsten Reichs-Cammergerichte hätte nun die Stadt Rostock leicht überzeugen können, wie sie die rechtschaffene, mitsündliche Gesinnung ihrer patriotischen, das Wohl des Ganzen zum Augenmerk habenden Vorfahren verlassen; um so mehr, da Ritter- und Landschaft bey denen mit Serenissimo entstandenen Differenzien ihren guten Willen und unionsmäßige Assistenz auf alle Wege bethätigten. Denn Ritter- und Landschaft declarirte auf dem zu der Zeit gehaltenen Convent, wie sie die Sache der guten Stadt Rostock als die ihrige ansehe, der löbliche Engere Ausschuß nahm sich ihrer Sache auftragsmäßig gerichtlich und außergerichtlich an, ihr nach Wien abgeordneter Deputirter ward aus dem Landkasten bezahlet, und weil darauf die Sache von Wien

a 2

nach



nach Wehlar verwiesen ward; so ward Ritter- und Landschaft nicht allein in puncto assistentiae in einen Proceß mit Serenissimo eingeflochten, sondern der Engere Ausschuß sandte, um seinem Auftrag ein völliges, wo nicht überflüssiges Genüge zu leisten, einen Deputatum, mit Vollmacht von ihnen versehen, nach Wehlar, welche Deputation dem Lande verschiedene Tausenden gekostet. Eben zu der Zeit, da der löbliche Engere Ausschuß das Beste der guten Stadt Rostock zu befördern eifrigst beflissen war, und der Ritter- und Landschaftliche Herr Deputirte noch in Wehlar war, in eben diesem Zeit-Punct, extrahirte die Stadt Rostock gegen ihre Mitstände ein Conclusum, wodurch selbige sich von denen im Erb-Vergleich so heiligst versicherten 2000 Rthlr. ad necessaria ordinaria los zu machen suchte.

Ob dieses Benehmen nicht mit der billigen Dankbarkeit, und gesetzmäßigen Schuldigkeit der Stadt Rostock streitet, und ob dieses den Seegen von dem Allerhöchsten, und das Zutrauen ihrer Mitstände ihnen erwerben könne, dieses überlasse ich einem jeden billig denkenden Mann.

den 16. Februar 1775.

Barner.

3.

Allerdurchlauchtigster rc. rc.

Die Mecklenburgsche Stadt Rostock hat, schon seit einem Jahrhundert und darüber, ihre Mitstände, die Mecklenburgsche Ritter- und Landschaft, nur dann ge- und sich zu dieser als ein Mitglied und Unions-Verwandten bekannt, wenn sie ihr nützlich werden — sich für sie mit Mühe und Kosten verwenden — sie in ihren Angelegenheiten helfen — aus den öftern großen Verlegenheiten herausziehen — ihre eigenen Privilegien und Rechte mit aufrecht erhalten — und die Landes-Casse sowohl als ihre Privat-Börsen ohne alles ihr, der Stadt Hinzuthun, für sie und zu ihrem Besten hergeben — oder sie von ihren aufhabenden Verbindlichkeiten auf einige Zeit entweder ganz oder zum Theil dispensiren sollen.

Dann hat sie ihre Zuflucht zu ihren Mitständen genommen, ihnen die größten Sincerationes von ihrer Aufrichtigkeit, und rechtschaffenen Gesinnung gegen sie, von Bethätigung ihrer in der unter den Mecklenburgschen Ständen im Jahr 1523 errichteten, und von ihr der Stadt mit beschwornen, dem Mecklenburgschen Landesgrundgesetlichen Erb-Vergleich beygedruckten Union, mit übernommenen, auch ihr sonst verfassungsmäßig incumbirenden Pflichten gegeben, und sie aufs allerbeweglichste angetreten, um ihre vorberührten Absichten zu erreichen.

Die Mecklenburgsche Ritter- und Landschaft, eingedenk der Union, und der Mitgliedschaft der Stadt Rostock, ist auch sters willig und bereit gewesen, dazu alles, und oft mit dem größten Kosten-Aufwand, ja unangesehen, daß sie sich, durch ihr mitständliches Benehmen, die Ungnade ihrer Durchlauchtigsten Landes-Fürsten zu Zeiten zugezogen und solche werfthätig empfinden müssen, zu cooperiren.

Es sind davon aus dem vorigen und diesem Seculo gar viele und große Beyspiele vorhanden.

Nur



Nur einige, die ganz Land- und Reichskündig sind, zu erwehnen; so sind die Verträge, welche zwischen den Durchlachtigsten Landes-Fürsten, und der Stadt in den Jahren 1573 und 1584 errichtet sind, und wodurch diese aus der größten Verlegenheit gebracht worden, und ihre Freyheiten und Privilegien zur wahren Grundfeste gediehen, auch noch dafür in dem Sp̃ho 519 des angezogenen Landes-Vergleichs anerkannt werden, durch die mühsame Mediation der Mecklenburgschen Stände erwürket.

Den reichskündigen, unter der Regierung des Durchlachtigsten Herrn Herzogs Carl Leopold in den Jahren 1715 seqq. erlittenen Bedrückungen der Stadt; ist bey Kayserl. Maj., durch die kräftige und kostbare Assistenz der Ritter- und Landschaft ein befriedigendes Ziel gesetzt worden.

Und wie in ganz jüngern Jahren die Rostocksche Regiments-Verfassung in Rücksicht auf die repräsentirende Bürgerschaft verändert werden sollen; so haben die Stände bey den höchsten Reichs-Gerichten, insbesondere bey dem höchstpreisl. Kayserlichen Reichs-Hofrath für die alte Verfassung sich solchergestalt interessiret, daß sie nicht allein der Bürgerschaft die ansehnlichen Kosten subministrirte, sondern auch selbst einen beträchtlichen Kosten-Aufwand gehabt, und ihre Wohlmeinung hat die Folge gebracht, daß Ihro jetzt regierenden Herzogl. Durchl. zu Mecklenburg bey dem Kayserlichen Cammer-Gericht sie zur gerichtlichen Rechtfertigung darüber gezogen, und sie nun in einen schweren Prozeß verwickelt sind, ob sie befugt gewesen, der Stadt Rostock in dem vorherührten Betreff beyzustehen.

Ferner so haben die Stände, als sie ihren Landesherren im Jahr 1621 eine Beyhülfe von einer Million Gulden bewilliget, nachgiebig zugestanden, daß Rostock dazu nur den zwölften Theil, als wozu sie sich erbothen, und worauf sie bestanden, tragen sollte, ohngeachtet diese zu der im Jahr 1560 bewilligten Hülfe von 518839 fl. die Summe von 80,000 fl. und also den siebenden Theil abgetragen hatte.

Bev jenem von ihr anerkannten 12. Theil ist sie auch bey den folgenden Steuern gelassen.

In Anno 1674 ist ihr, auf bittliches Ansuchen wegen vorgeschüßter Unvermögenheit, ihr Antheil auf den 18. Theil 6 Jahre herdurch heruntergesetzt, welcher, auf weiteres bittliches Begehren, und wegen erlittenen Brandschadens, in Anno 1689 bis zum 20sten Theil auf 5 Jahre lang abgemindert. Ja es ist in Anno 1692 nachgegeben, daß, da wegen des Brandes das Unvermögen der Stadt vorbildend zu stark geworden, loco des 20sten Theils, der 24ste angenommen, und damit 10 Jahre continuirret werden sollte, und in Anno 1702 ist es der Stadt in Rücksicht auf ihren damaligen angegebenen schlechten Zustand zugestanden, daß sie bis 1710 zu der dem Lande, nach Kayserlichen Erkenntnissen obgelegenen und in Anno 1701 auf 120,000 Rthlr. verglichenen jährlichen Contribution nur 1600 Rthlr. und Behuf des Landes-Stats ad necessaria ordinaria nur 400 Rthlr. entrichten solle.

Das mehr als mißständliche Benehmen der Ritter- und Landschaft, und derselben große Nachgiebigkeit, wobey sie in altdentscher, den Ständen eigen seyn sollenden Medlichkeit, biedermännisch verfahren, ohne sich etwas Arges zu versehen, hat auf die Stadt Rostock leider nie die Wirkung gehabt, welche sich erstere billig versprechen sollen



sollen und können, wohl aber hat sie das bey der ersleheten Nachgiebigkeit angenommene altsächsische Betragen arglistig gemißbrauchet — die darüber gegebene Erklärungen verdrehet, denselben einen verkehrten Sinn beygelegt — aus demjenigen, was ausdrücklich auf Zeit gesetzt, eine Ewigkeit gemacht — das, was sie als Mitleiden und Freundschaft erbeten, und mit Dank angenommen, zur Schuldigkeit umgeschaffen — ja ihre eigenen auf agnoscirte Obliegenheiten und fundbare Verträge beruhenden Erbietungen ein ganzes Vierteljahrhundert hindurch und darüber und resp. überall unerfüllt gelassen — dagegen ihre Mißstände und das sie repräsentirende Engere Ausschuß-Collegium mit leeren Worten hingehalten und eingeschläfert — oder, nach Umständen, über Verträge und Verfassung sich hinweggesetzt — ihnen eine verkehrte Auslegung gegeben — ja, wenn sie sonst nicht ausweichen können, ihr Daseyn, als Mitglieder Mecklenburgscher Stände, verleugnet — und sich von aller Verbindung mit diesen losgesaget — das Thätige der von ihr beschwornen Union in onerosis verkannt — und eben also ist sie mit den Verträgen von 1573 und 1584, imgleichen von 1620, vermöge welcher sie auf ihr älteres Privilegium Exemptionis Verzicht gethan, und sich zu ihrer gebührlchen Rata zu den Landsteuern und Hülfsen, sowohl was die Stadt betrifft, als außerdem annoch von den Land-Gütern gleich andern Landes-Eingesessenen, verbindlich gemacht, imgleichen mit ihrer, toties quoties anerkannten, Obliegenheit, dazu und zu allen gemeinsamen Verwendungen unbedingt den 12ten Theil beyzutragen, verfahren — Es ist ihr ein Leichtes gewesen, Hand und Siegel für unverbindlich zu traduciren — und wenn dieses gradezu nicht glücken wollen, so hat ihr vorgesezter Magistrat die Bürgerschaft vorgeschoben, und hinter dieser sich versteckt — Die Stadt hat es sehr gleichgültig, ohne Beyhülfe, angesehen — mit welchen großen über eine Million angehenden Kosten, die Ritter- und Landschaft von 1715 bis 1754 ihren Etat erhalten, die gemeinsamen Rechte und Gerechtigkeiten vertheidiget, von Nothleidenden das Unrecht unionsmäßig abgekehret, und die Wiederherstellung von Gleich und Recht überhaupt und bey Individuis, in specie bey ihr, der Stadt, erwirkt hat: wie belästigend ersterer, bey der reichskündigen Enervirung ihrer einzelnen Mitglieder, die jährliche Landes-Contribution und die vielen Reichs- und Crans- auch Prinzessin-Steuern gewesen — Sie hat sich entzogen, ihr Angebühr zu den bewilligten Remunerationen und zu den Confirmations-Kosten im Betreff des Landes-Vergleichs, ferner zu den auf viele Millionen angestiegenen Lasten des lezten Krieges, imgleichen der von Zeit des Landes-Vergleichs auf 2000 Rthlr. ausdrücklich anerkannten Summen zu den jährlichen Verwendungen für den Etat der Stände zu entrichten, und diese Punkte schweben zum Theil noch im unentschiedenen Rechte — Sie hat es weder mißständlich noch sonst gerathen gefunden, zu dem aus unterthänigster Devotion dem Durchlauchtigsten Prinzen Carl von Mecklenburg-Strelitz, wie auch dem Durchlauchtigsten Prinzen Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin von Ritter- und Landschaft bewilligten resp. jährlichen adjüto und Don gratuit etwas zu offeriren und beyzutragen. —

Kurz die Stadt Rostock kennet da, wo sie reciproce Pflichten und Verbindlichkeiten ausüben — gemeinsame Lasten zur Erhaltung des Etats, zur unionsmäßigen Vertheidigung und Bewahrung gemeinsamer Rechte und Privilegien zur Schadloshaltung anderer



anderer in unionsmäßigen Fällen, mit gemeinsamen Schultern in anerkannter Verfassung tragen — die unverneinliche Gebühr zu der obliegenden Landes- Contribution, auch Reichs- und Prinzessin- Steuern berichtigen — und solchergestalt das Commodum mit dem Incommodo gebühlich recipiren soll, weder Union, noch Mitstände, weder Pflicht, noch Recht und Billigkeit — sondern das Droit de Convenience ist einzig und allein ihr Maßstab, wornach sie alle ihre Handlungen, ihr ganzes Betragen und ihr Verhältniß gegen die Ritter- und Landschaft in corpore, gegen einen Stand allein, und gegen einzelne Glieder derselben samt und sonders abmißt.

Das ist dann auch der Grund, weswegen die Stadt von 1711 bis 1754 an Landes- Contribution und andern Reichs- und Landes- Steuern, auch Zuträgen zu den Behuf des ordinairn Landes- Etats erforderlichen Necessarien eine Summe von 383274 Rthlr. 23  $\frac{1}{4}$  fl. ohne den Zinsen des Verzugs, beyhm Land- und freywilligen Kassenmuthwillig hinterstellig geblieben — weswegen alle mehr als freundschaftliche Nachsicht und vielfältige Erinnerungen vergeblich gewesen — und weswegen endlich Ritter- und Landschaft gemüthiget worden, durch die Land-Räthe und Deputirten beyhm Engern Auschuß, bey dem Herzogl. Mecklenburgschen Hof- und Land- Gericht sie, die Stadt, in Anno 1760 auf den Abtrag gerichtlich zu belangen.

Die Beklagte haben in ihren Exceptionibus fast alle die oberzählten Tours gespielt, sie haben sich nicht entblödet, die allerbekanntesten Wahrheiten, die unverneinliche und offenkündige Landes- Verfassung, Geseze und Verträge, ja ihr obberührtes eigene Daseyn kecklich abzuleugnen, und sie sind dreist genug gewesen, mit gar vielen, aus der Vergessenheit ängstlich zurückgeholtten aus allen Winkeln zusammen gesuchten, größtentheils ganz injustificablen oder doch die Ritter- und Landschaft nicht tangirenden, sondern aliunde wahrzunehmen gewesenen, alda aber absque ulla reservatione contra Constans durch den Sphum 511 des angezogenen Mecklenburgschen Landes- Vergleichs ausgegebenen Gegenforderungen, zum Vorschein zu kommen.

Nachdem Acta Spruchreif waren, so hat es dem Mecklenburgschen Land- und Hof- Gericht gefallen, solche zur Abfassung eines Erkenntnisses, an die Juristen- Facultät zu Wittenberg zu versenden.

Aus Unkunde der Mecklenburgschen Verfassung, Geseze und Verträge — verleitet durch das kecke Leugnen und die nebenherigen mancherley Blendwerke der Beklagten — zu wenig beobachtete Aufmerksamkeit bey Lesung und Prüfung der Acten, haben die beyden für Klägere so äußerst gravirlichen Erkenntnisse de publicatis 6 Iuly 1762 erzeugt.

Die Klägere haben dawider an Ew. Kayserl. Maj. allerunterthänigst sich berufen sub präsent. 29. Octobr. dicti anni sind die Ap<sup>loes</sup> in Con- & reconventione gebührend allersubmissst ein- und in Libellis simul productis die Gravamina ausgeführt.

Nachdem per conclus. illm. de 6. Nov. ej. an. vom Iudice a quo allerunterthänigster Bericht allerhöchst erfordert, und derselbe sub präsent. 8 Junii 1763 erstattet, auch per conclusum de 25. Oct. dicti an., quod in adj. sub Olis originaliter appositum est, allergnädigst communiciret worden; so haben Appellantes die allerunterthänigsten gründlichen Gegenberichte sub präsent. 1 Mart. 1764 durch den von Middelburg, allerdevotest einreichen lassen.

Diese



Diese solchergestalt beyrn Kayserl. höchstpreislichen Reichs-Hofrath anhängig gewordenen beyde gerechten Sachen haben das Schicksal gehabt, wegen des successive tödtlichen Abgangs der Appellantischen Anwälde, der Reichs-Hofraths-Agenten Mittelburg, Hermann, Ferner und Lynker und wegen Inactivität des v. Reck in einen gänzlichen Stillstand zu gerathen.

Es hat aber auch in der Zwischenzeit die Mecklenburgsche Ritter- und Landschaft von den Appellaten sich bewegen lassen, mit ihnen zur gütlichen Aufgreifung beyder Sachen den Versuch zu machen, und es sind darüber in verschiedenen Jahren mancherley Tractaten gepflogen, welche die Appellaten durch mancherley Wendungen zu einer unerhörten Länge zu protrahiren gewußt.

Weil aber die Appellaten auch hierbey bewiesen, daß sie noch eben dieselben geblieben, welche sie juxta ante dicta immer gewesen, das ist, daß ihr Droit de Convenience sie über alles hinwegsetzet, wozu sonst Miltständigkeit, Recht und Billigkeit sie gewiß hätte bringen müssen; so haben die Tractaten im vorigen Jahr sich gänzlich zerschlagen.

Solchemnach bleibt den Appellanten nun nichts übrig, als den eifrigsten Betrieb der beyden Appellations-Sachen sich äußerst angelegen seyn zu lassen, und so gelanget an Ew. Kayserl. Majestät des de rato et mandato cavirenden Anwalts derselben allerunterthänigstes Suchen dahin, nunmehr die sub present. 29. Octob. 1762 allersubmissfest nachgesuchten Processus appellationum plenarios allergerechtest zu erkennen, und das höchste Conclusum darüber allerforderksamst ergehen zu lassen. De super nob. august. Dni Judicis officium per quam humillimo implorando

Ew. Kayserl. Majestät

Anno

1777.

allerunterthänigster

In

Ihro Römisch-Kayserl. Majestät  
allerunterthänigste Supplication und Bitte  
pro

nunc decernendis appellationum Processibus plenariis et clementissime maturanda desuper  
Resolutione appon. ultim. concl. sub O<sup>lis</sup>

In Sachen

der Landräthe und Deputirten von Ritter- und Landschaft der Herzogthümer Mecklenburg  
zum Engern Ausschuß, Klägere und Wiederbeklagte, nunc Appellanten

contra

Bürgermeister und Rath der Stadt Rostock, Beklagte und Wiederklägere, nunc Appellaten  
appellationis

in puncto

debiti con- et reconventionis.



*Relatio cum Voto De Anno 1776*

betreffend die Frage:

**Wie ferne die Stadt Rostock befugt seyn dürfte, gegen  
Landbegüterte und deren Hintersassen, imgleichen gegen die  
Einwohner anderer Mecklenburgischen Städte  
das Gast-Recht zu exerciren.**

Die erste Gelegenheit zum Entstehen der hier ventilirten Frage gab testantibus actis, die Menſe Jul. 1768 von dem hiesigen Gewert ad instantiam des Bürgers Seeboldt und des Müllers Schmidt gegen den Herzoglichen Ribnisschen Amts-Untertanen Schiffer Hinzmann erkannte Arretirung eines dem letztern gehörigen an diesem Strande liegenden Schiffes, und die Requisition, welche das Gewert-Gericht an den Oberamtmann Brand zu Hirschburg ergehen ließ, den beklagten Schiffer Hinzmann am 6ten August vor dem Gewert-Gericht, vor gehegtem Gast-Recht zu stellen, damit er in Person auf die wider ihn anzubringende Klage antworte, sub praesudicio, daß man auf sein Außenbleiben in contumaciam gegen ihn verfahren, sein mit Arrest belegtes Schiff subhastiren, und Arrestantes daraus an Capital und Zinsen befriedigen würde.

Der Oberamtmann Brand, der diese Evocation eines Fürstl. Amts-Untertanen nicht zugeben zu können glaubte, berichtete davon an die Hohe Herzogl. Regierung, aus welcher unterm 26sten Jul. an den Magistrat zu Rostock ein verweisliches Rescript dahin ergieng, daß die wider den §. 414 und 423 des Erbvergleichs geschehene Arretirung des Hinzmannischen Schiffes, als in denen der Stadt Landesherzlich ertheilten Privilegiis nicht begründet, widerrechtlich sey, hinfolglich dieser Arrest binnen 3 Tagen aufgehoben und Klägere an das forum ordinarium des Beklagten verwiesen werden sollten, widrigenfalls Serenissimus, die solches als eine Befehdung und Verletzung des Land-Friedens ansähen, das Schiff nach Vorschrift der Geseze von Erhaltung des Land-Friedens, von selbst wieder frey machen lassen würden. Zugleich ward der Schiffer Hinzmann per Rescriptum an den Oberamtmann Brand angewiesen, den Magistrat zu Rostock, falls er sich wegen des durch die Arretirung verursachten Schadens nicht gütlich abfinden sollte, vor dem Land- und Hofgerichte des Endes zu belangen.

Magistratus Rostochiensis beziehet sich wegen seiner Befugniß, in der unterm 6ten August ej. a. erlassenen unterthänigsten Antwort auf jenes Herzogl. Rescript, auf die

Erbvertragsmäßig 1586 publicirte Gerichts-Ordnung, in welcher  
Parte II. Tit. XI.

eine pünktliche Bestimmung des Gast-Rechts, und daß solches allemal, wenn ein Bürger von einem Fremden, und dieser von jenem besprochen werde, nicht minder wann zwey Auswärtige etwas mit einander auszumachen haben, statt finde. Zu Gewährsmännern werden unter den Rechtslehrern

c

von



von Balthasar und C. H. Möller in ihren Dissertationen angeführet, und dabey der Ausdruck fremder so erkläret, daß darunter ein jeder, der nicht in der Rostockschen Feldmark wohnet, verstanden werde. Es wird dabey auf einen zweyhundertjährigen Besiß provociret, und da sich ein jeder Bürger solches passive gefallen lassen müßte, daraus der Schluß gemacher, daß ihm active gleiche Gerechtigkeit der Billigkeit nach gebühre. Der imponirte Arrest wird dadurch justificiret, daß er eine unmittelbare Folge des Gast-Rechts sey, nach welchem sich §. 7. der Gerichts-Ordnung ein jeder, der nicht vor Sonnen-Untergang bezahlet, den Arrest gefallen lassen muß. Der Erb-Vergleich könne der Besißmäßigen Ausübung dieses Rechts nicht obstiren, da das Gast-Recht ein ganz unlengbares *jus speciale* Rostochienle ist, und in dem §. 19 des Erb-Vergleichs ausgemacht und festgesetzt worden: daß in solchen Fällen soferne mit der Stadt Rostock nicht ausdrücklich ein anderes verglichen worden, denen *juribus* der Stadt nichts abgebrochen seyn soll. Demnächst sey es bekanten Rechts, daß die *dispositiones generales* dasjenige, was *juris specialis* ist, nicht abändern. Eben daher müßte auch der Rostocksche Bürger, der sonst ein *Privilegium generale de non evocando* hat, sich vor dem Gast-Rechte stellen.

Auf diese Gegen-Vorstellung des Magistrats folgte unterm 20. October ein ausführliches Rescript, in welchem der Stadt das Exercitium des Gast-Rechts gegen Fürstl. und Adliche Unterthanen und Hintersassen, und gegen die Bürger anderer Mecklenburgischen Städte aus folgenden Gründen abgesprochen ward.

Zuerst wird geleugnet, daß aus der Gerichts-Ordnung de 1586 das Gast-Recht und seine gerühmte pünktliche Bestimmung ihren Grund finden könnte. Denn da die Stadt im Vertrage de 1573 versprochen und angelobet, eine der Landesherrlichen Gerichts-Ordnung so viel immer möglich gleichförmige Gerichts-Ordnung nach der Stadt Gelegenheit zu entwerfen, in den Landesherrlichen Gerichts-Ordnungen aber nicht ein Wort von einem Gast-Rechte zu finden sey; so könne die angeführte Gerichts-Ordnung in diesem Fall kein *ius statutarium* ausmachen.

Wenn aber auch ferner das Gast-Recht nach der angezogenen Gerichts-Ordnung als wirklich existirend angenommen würde; so könnte es doch nach dem durren Buchstabe derselben nicht dahin extendiret werden, daß vor dasselbe Herzogliche Amts-Unterthanen, Adliche Hintersassen und Einwohner anderer Städte dieses Landes gezogen werden könnten. Denn die Gerichts-Ordnung rede nur offenbar von ausländischen Leuten. Diesen Ausdruck erkläret Möller in Dissertatione allegata §. 20.

*non ejusdem sed alienae provinciae incolam hic denotari.*

Daraus würde denn klärlich folgen: daß die Gerichts-Ordnung in diesem passu denen §§<sup>phis</sup> 414 und 423 nicht widersprechen, mithin diese in ihrer vollen Kraft und Verbindlichkeit bleiben.

Eben so wird gezeigt, daß der Arrest in subtrato nicht nach der Gerichts-Ordnung als eine Folge des Gast-Rechts, sondern als ein Mittel, ein Gast-Recht zu erzwingen, gebraucht worden. Wobey dann zugleich die irrige Meynung, als sey das Gast-



Gast-Recht zum Vortheil der Bürger eingeführet, verworfen, und dagegen behauptet wird, daß das Gast-Recht nach offenkündiger Meynung aller Rechts-Gelahrten in favorem peregrinorum introduciret worden. Es werden gegen dieses Verfahren die Land-Friedens- und der Osnabrückische Friedens-Schluß zusammt der Wahl-Capitulation des jetzt regierenden Kayfers Majestät allegiret, und als ein Beyspiel, der Mißbrauch, den die Brabantische Regierung von ihrer Brandschen Bulle und Privilegio de non evocando, zum höchsten Mißfallen des Römischen Reiches, gemacht hat, angezogen.

Weiter wird geleugnet, daß das forum contractus das forum des Gast-Gerichts fundiren könne, weil dieser Begründung die Hof-Gerichts-Ordnung widerspricht, Rostochiensis aber

Ihre Gerichts-Ordnungen den Landesherrlichen Gerichts-Ordnungen gemäß und gleichförmig zu machen endlich angelobet haben.

Endlich wird behauptet, daß die angezogenen Beyspiele zweyer Cavalier und eines Pächters, welche sich vor dem Gast-Rechte eingelassen, keine rechtliche Folge wirken könne, auch schließlich befohlen: Sich binnen 8 Tagen finaliter zu erklären: Ob man das mit Arrest belegte Schiff freylassen wolle oder nicht?

Magistratus Rostochiensis übergab dagegen unterm 2. November 1768 eine weitläufige Verantwortung, in welcher außer dem oben angeführten folgende essentialia vorkommen.

Das Versprechen, die Gerichts-Ordnung der Stadt den Landesherrlichen Gerichts-Ordnungen gleich zu machen, sey ausdrücklich, insonderheit, auf Erbtheilungs- und Vormundschafts-Sachen gerichtet gewesen.

Die Gerichts-Ordnung de 1586 sey seit beynähe 200 Jahr im Druck gewesen, ohne je angefochten zu werden.

Da Rostock gleich Lübeck zu einer Handels-Stadt gewidmet worden, sey das Gast-Recht zu Erhaltung Treu und Glauben derselben nothwendig.

Der Ausdruck der Gast-Rechts-Ordnung Ausländischen oder Fremden müsse L. 38 ff. in fine de LL., juxta usualem interpretationem gedeutet werden. Nach selbiger würden darunter erweislich alle Auswärtige, sie mögen in oder außerhalb Landes wohnen, begriffen, z. B. wird der über des Galanteriehändlers Dieß zum Pfingstmarkt hieher gebrachte Waaren entstandene Concurs angeführet.

Wegen dieser Auslegung wird auch Möller in dissertatione angeführt, welcher §. 17. sagt

Quis vero hic peregrinus dicatur, quilibet facile videbit. Ille scilicet qui non in loco ubi litigat domicilium suum habet sed tantum commercandi causa, vel ad alia negotia expedienda ibi ad tempus commoratur nicht minder de Balthasar in diss. de jure peregrinorum singulari Cap. II. §. VIII. verbis peregrini nomine intuitu hujus juris singularis insignitur is, qui — commoratur in judicii loco ubi domicilium sibi non comparavit

Der in dem hohen Rescript angezogene §. 20. der Möllerschen Dissertation hebe das An-



fangs gesagte circa finem wiederum auf, und bestärke durch die beygefügte Einschränkungen, daß das Gast-Recht auch gegen diejenige observiret werde, die außerhalb Rostock im Lande wohnen. Wozu noch komme, daß der Herr von Balthasar diese Stelle §. 9. ausführlich wiederlegt.

In Ansehung der Ladungen vor das Gast-Recht wären einige Formalitäten seit undenklichen Jahren abgekommen.

Ueber die Art, wie bey dem Nicht-Erscheinen des citati nach drey maliger Citation zu verfahren, enthalte die Gerichts-Ordnung nichts specielles, daher solches ex analogia juris zu determiniren. Nach derselben würde in dem Falle, wenn keine mit Arrest befürmerte Effecten zur Stelle wären, citatio per subsidiales keine Statt haben, welches doch im Gegentheile rechtlich geschähe, wenn jurisdictio per arrestum fundiret ist.

Ob nun gleich die Rostocksche Gerichts-Ordnung Tit. vom Gast-Recht nur von demjenigen Arreste spreche, der nach gefällter Urtheil verhänget wird, so werde doch dadurch dasjenige nicht aufgehoben, was der Beklagte gemeinen Rechten nach zu prästiren schuldig, als aus welchen statutarische Verordnungen so viel thunlich erkläret werden müssen. Müßte nun gemeinen Rechten nach reus de fuga suspectus, ne judicium elusorium fiat, de judicio filii caviren, und könne sogar ein viator arrestiret werden teste

Coccejo in Iure contro. Lib V. Tit. 1. quæst. XIV.

so sey davon die natürliche Folge: daß sobald das Gast-Recht per citationem fundiret ist, der Arrest auf die unter Stadt-Jurisdiction dormalen befindlichen Effecten und Güter des Beklagten, der hier in den mehrsten Fällen wenn es ein Fremder ist sich aus dem Staube machen mögte, rechtlich sey. cit.

de Balthasar d. I. cap. III. §. 10. p. 77.

Dieses Ius singulare sey sowohl zum Besten des Bürgers als des Fremden eingeführet, und nicht mehr als billig, daß der Bürger gegen den Fremden dieselbigen Zuständnisse habe, deren sich der Fremde gegen den Bürger erfreue.

Die angezogene Reichs-Gesetze passeten nicht auf Arreste, die autoritate publica imponiret werden; sondern nur auf arresta facti, quae fiunt propria autoritate. Sonst würden Ihro Kayserl. Majestät nicht der Stadt Frankfurt am Mayn über das Privilegium, Fremde und deren Habseligkeiten, wenn gleich dorten nicht contrahiret worden, zu arrestiren, Confirmationes ertheilet haben. Zu dem komme noch, daß die Stadt seit undenklichen Jahren das Lübsche Recht habe, nach welchem sine ulla alia competentia fori der Richter auf die Person oder Güter, die sich unter seiner Jurisdiction befinden, Arreste legen könne.

In Ansehung des Erb-Vergleichs wird das obenangeführte wiederholet. Danebst wird der lange unwidersprochene Besiz des Gast-Rechts gerühmet, welcher sogar gewissermaßen in contradictorio, so viel die Arrestirung der Güter des Eingefessenen Adels betrifft, bestätigt seyn soll, nachdem im Jahr 1642 darüber Streitigkeiten entstanden, die Stadt aber sich männiglich vertheidiget, und in den Vergleichs-Tractaten jener Jahre sich mit den Worten erkläret:

„daß aber auf derer von Adel und andere Güter zuweilen ein Arrest geschlagen worden, solches sey von vielen undenklichen Jahren also hergebracht,  
„son-



„sonderlich wenn dieselbe in Rostock contrahiret gehabt, und solcher Gebrauch  
„sey auch durch den Erb-Vertrag de anno 1584. §. 115. bestätigt.

Dieser Punkt sey auch darauf in dem mit der Durchlauchtigsten Landes-Herrschaft  
getroffenen Vergleich unausgemacht geblieben. Da nun die Stadt vor als nach ihre  
possessionem vel quasi fortgesetzt; so sey dadurch das Recht derselben noch mehr bestärket.

Brunnemann Consil. 131. nr. 304. sequ. p. 798.

Klock Vol. 1. Consil. 29. nr. 690 sequ.

Hätte nun also die Stadt im 414. §. des Erb-Vergleichs ihrem Rechte in diesem Stücke  
renuntziiren sollen; so würden dazu ausdrückliche Worte erfordert worden seyn, weil eine  
Entsagung nicht präsumiret, noch per notoria juris ultra strictissimum sensum verborum  
extendiret werden möge.

Die Hof-Gerichts-Ordnung widerspreche dem Gast-Rechte keinesweges. Denn  
so wie der Jurisdiction des Hof-Gerichts das ganze Land unterworfen; so könne dort  
ein arrestum pro formatione et fundatione judicii anders nicht als gegen Ausländer  
statt haben. Das schon vorhin und noch jetzt aus bewährten Rechtslehrern erwiesene  
forum contractus bleibe daher immer in seiner Wirklichkeit, womit die Weßlarische  
Nebensunden übereinstimmen, da es heißt p. 67. nr. 5. p. 96. es könne

de jure canonico et praxi in foro Contractus eine Klage angestellet werden,  
wenn entweder der Schuldner anwesend ist, oder zum wenigsten einige Effecten  
in loco contractus vorhanden sind.

Nachdem diese Sache so weit gediehen, benachrichtigten Ihre Herzogliche Durchlaucht  
den löbl. Engern Ausschuß per Rescr. vom 23. Nov. nächst Communicirung sämtlicher  
obangeführter Actenstücke davon. Sie erklärten dabey, wie Sie in Ansehung ihrer  
Amtes-Untertanen dem Magistrat die zweckdienlichsten Reichs- und Landesgesetzmässi-  
gen Mittel entgegen zu setzen, nicht ermangeln würden, erforderten aber auch nach  
Maafgabe des 525. §. des Erb-Vergleichs, da hier eine Art der Unverbindlichkeit  
desselben behauptet werden wollte, die Erklärung und Vernehmung des Engern  
Ausschusses darüber:

Ob Ritter- und Landschaft der Absicht des Magistrats sich zu unterwerfen  
gemeynet sey?

Der Engere Ausschuß erforderte darauf die Erklärung der Stadt, unter welchen  
Bedingungen und Einschränkungen dieselbe das hier eingeführte sogenannte Gast-Recht  
wider Ritter- und Landschaftliche Eingeseffene und deren Hinterlassen auszuüben ge-  
meynet sey.

Der Magistrat erbot sich in seiner Erklärung vom 23sten December, in welcher  
er sich auf den unvordenklichen Besitz des Exercitii des Gast-Rechts berief, falls erwiesen  
werden könnte, daß jenes Recht weiter, als der angezogene Besitz schon mit sich brächte,  
extendiret werden wollte, sie sich die Determinirung billiger Schranken gerne gefallen  
lassen würden.

Der Engere Ausschuß erklärte sich darauf gegen Ser.<sup>mum</sup> dahin, daß man ein so  
lange besessenes Recht nicht schlechterdings absprechen könne, jedoch sich über die ihm zu  
setzende Schranken hoffentlich vereinbaren würde.

d

Per



Per Rescriptum vom 4. Januar 1769 wird hierauf nicht nur in Ansehung der Formalium reprehendiret, daß selbige von dem Ritterschafft. Engern Ausschuß ohne Anzeige, warum Städte sich nicht erkläret, unterschrieben, dennoch unter dem gemeinschaftlichen Landes-Siegel ausgefertigt worden; sondern auch ratione materialium Ihro Herzogl. Durchl. Höchste Unzufriedenheit bezeuget. Anstatt, heißt es, auf die vorgelegte Frage zu antworten: Ob die Ritter- und Landschaft in Absicht auf den Magistrat der Stadt Rostock, der in §. 414. et 423. des Erb-Vergleichs für sie und ihre Hintersassen, festgesetzten Unverletzlichkeit des *fori ordinarii primæ instantiæ*, sich begeben, und gedachtem Magistrat das Recht einräumen wolle, ihre Unterthanen und Hintersassen, ihre eigne Personen, Wagen und Pferde zu arretiren, mithin sich der im Ignitions-Reverse über den Erb-Vergleich gegründeten Obliegenheit, über gedachten Erb-Vergleich zu halten, entziehen, und auch Ihro Herzogl. Durchl. eo ipso der im 525. §. des Erb-Vergleichs geschehenen Zusage entlassen wolle, zu antworten; habe der Ritterschafftliche Engere Ausschuß nach erforderter Erklärung des Magistrats über die Frage:

Ob es gut und rechtlich sey, das Gast-Recht in Rostock abzuschaffen, einer Frage, die von der klagenden Bürgerschaft der Entscheidung Serenissimi anheim gestellet ist, bloß die Aeußerung des Magistrats communiciret, und das Weitere von Ihro Herzogl. Durchl. zu gewärtigen sich erkläret. Diefemnach wurde dem gesammten Engern Ausschuß nochmals die Bedeutung gegeben: daß es auf die Frage über die Statthaftigkeit, Nützlichkeit oder Schädlichkeit des Gast-Rechts gar nicht mehr ankomme, sintemalen Ihro Herzogl. Durchl. Höchstselt, so viel auch gegen das Gast-Recht in Beyhalt der Landes-Gerichts-Ordnungen zu sagen wäre, es dennoch so verbleiben ließen, wie es in der Rostockischen Gerichts-Ordnung beschrieben stünde, dagegen aber das Recht, welches der Magistrat dieserhalb über alle Landes-Einwohner ohne Unterscheid zu ererciren prätendirte, und dem Inhalt des Erb-Vergleichs zuwider wäre, in jener Gerichts-Ordnung gar nicht fundiret sey.

Ob nun Ritter- und Landschaft gewilliget sey, sich diesem von dem Magistrat prätendirten Rechte ihres Orts zu unterwerfen, darüber wolle Ihro Herzogl. Durchl. die Erklärung des Engern Ausschusses innerhalb 14 Tagen, *sub praejudicio pro consentientibus* gehalten zu werden, erwarten.

Der Engere Ausschuß erforderte hierüber abermals die Erklärung des Magistrats, welcher darauf das vorhin gesagte repetirte, den Ausdruck der Gerichts-Ordnung, ein Fremder oder Ausländischer dahin erklärete, daß das Wort Fremder einen jeden außer der Stadt im Lande wohnenden bedeute, und sonst dasjenige wiederholte und anzog, was schon oben angeführet worden.

Die Sache ward vom Engern Ausschuß dem Deputations-Convente vorgeleget, auf welchem Ritterschafftliche Deputati dafür hielten:

Daß sie zwar der Stadt Rostock ihr *jus statuendi* über ihre Einwohner und sich darinn aufhaltende Fremde nicht bestreiten wollten, dennoch aber, da sie, die Ritterschafft und ihre Hintersassen mit der Stadt Rostock unter einem Landesherrn wohnten; so hoffeten sie, daß die Stadt sie nicht wie ihre Einwohner behandeln, und sich deshalb auf eine hinlänglich nicht gegründete Possession berufen



berufen würde. Diefierhalb müßte die Ritterschaft diese von der Stadt geäußerte Intention als eine Beleidigung und Kränkung ansehen, und dem Engern Ausschuß auftragen, dagegen zweckdienliche Mesures zu nehmen.

Deputati der Landschaft

Obgleich sie widerrechtliche und ungegründete Possessiones nicht billigten; so wollten doch die Rechte, daß ein jeder so lange bey seinem Besitze geschützt werde, bis er von dessen Ungrund oder Unrechtmäßigkeit durch Urtheil und Recht überführt worden. Deshalb mußten sie darauf insistiren, daß man die Gast-Rechts-Sache bis zu deren Entscheidung, ohne daran pro oder contra Theil zu nehmen, auf sich beruhen lasse.

Die Stadt war unterdessen von Serenissimo dieser Sache wegen vor dem Kayserl. Reichs-Cammer-Gerichte belanget worden, und hatte ihre Exceptionales übergeben, welche dem Engern Ausschuß per Refcr. vom 13ten October 1769 communiciret wurden.

In dieser Exceptions-Schrift werden die schon oben berührte Gründe für das Gast-Recht und dessen uneingeschränkte Ausübung wiederholet. Dabey wird

- a. auf die bemerkte Convents-Erklärung der Landschaft quasi ad agnitionem satis fundatae possessionis provociret.
- b. der Ritterschaft imputiret, daß sie ihre in Rostock sich aufhaltende Mitglieder der Stadt-Jurisdiction, welcher sie unstreitig unterworfen, gerne wo möglich ganz entziehen wollten, und sich nach ihrem Interesse erkläret.
- c. der Städtischen Erklärung, weil ihre Deputati aus Rechtsgelehrten bestehen, ein größeres Gewicht beygelegt.
- d. Werden amnoch als Beyspiele des Besizes selbst gegen die von der Ritterschaft angezogen
  1. die Arrestirung des dem Herrn von Bogelsang zu Bornwerf gehörigen Korns ad instantiam des Schmidts Tribusees
  2. ein ad instantiam des Kaufmann Hillen contra den Major von Zülow obtinirter Arrest
  3. die Arrestirung der Kutsche und Pferde des Herrn von der Lüche zu Böhlendorff ad instantiam des Weinhändlers Krauel.
- e. Werden Beyspiele angeführet, da die von der Ritterschaft gegen Rostock'sche Bürger ein Gast-Recht obtiniret.

Der Engere Ausschuß fand sich durch diese Exceptions-Schrift veranlaßet, dem Magistrat der Stadt Rostock per litteras vom 6ten Mart. 1770 sowol das Mißfallen über die zu Ungunsten der Ritterschaftlichen Befugnisse behauptete illimitirte Ausübung des Gast-Rechts, und die dabey gebrauchte beleidigende Einkleidung der Gründe bemerklich zu machen, als auch auf eine genügende Erklärung über die Schranken des Gast-Rechts zu dringen.

Die Antwort des Magistrats vom 27sten Martii beruhete abermals in dilatoriis, und ward vielmehr in derselben zum Erweis der prätendirten Befugniß, ein bey der Juristen-Facultät zu Frankfurt zwischen einem hiesigen Kaufmann und einem angefahrenen Cavalier gesprochene Urtheil allegiret, nach welcher



die Berufung auf den Erb-Vergleich hierinn denen besondern speciellen Zuständen der Stadt Rostock zum Nachtheil keine Statt finde, und der Cavalier schuldig und verbunden sey, sich vor dem foro einzulassen, auch alle bisherige Kosten zu ersetzen.

Wiefern diese Urtheil ad hanc causam applicabile, ist aus den Actis nicht ersichtlich.

Der Engere Ausschuß, mit dieser Erklärung nicht zufrieden, insistirte auf eine anderweitige, welche endlich dem Herrn Landrath von Lehsten teste □ Actor. 28. durch den Herrn Bürgermeister Balke mündlich dahin gegeben ward:

Daß wenn die Ritterschaft sich damit beruhigen würde, die Stadt die Ausübung des sogenannten Gast-Rechts über die Person eines Edelmanns nicht begehren würde, und zwar deswegen, weil ein solcher in casu jurisdictionis nicht anders als vor dem Ober-Gericht sortiren könnte, vor diesem Gerichte aber keine Gastgerichte gehalten würden, daher man abseiten der Stadt zu dieser Limitirung befugt zu seyn, und so auch selbige ex identitate rationis auf die Bauren, als das Eigenthum der Ritterschaft, zu extendiren gemeynet sey. Allein gleichwie diese Erklärung ohne alle Verbindlichkeit geschehen seyn solle, in so ferne die löbl. Ritterschaft sich bey diesem Temperament nicht beruhigen zu können glauben sollte: So müßte er dieses expresse noch hinzu fügen, daß man daran auf keinerley Weise gebunden seyn wollte, falls die ganze Sache damit nicht coupiret seyn solle. Letztlich müßte er noch dieses reserviren, daß auch auf diesem Fuß die Ritterschaft die Haltung eines Gast-Rechts für sich gegen ihre Bürger nicht begehren würde.

Der Engere Ausschuß veranlaßte hierauf eine Conferenz mit dem löbl. Directorio, in welcher über diesen Punkt die Vota dahin ausfielen:

Daß man abseiten der Ritterschaft sich beruhigen könne, wenn der Magistrat sich schriftlich dahin erklärte: das Gast-Recht über die Personen der Ritterschaft hiesiger Lande und deren Familie unter keinen Umständen exerciren zu wollen; dagegen aber auch der Magistrat dieses in favorem der commercirenden Bürger introducirtes Gast-Recht denen darum ansuchenden von der Ritterschaft so wenig versagen könne, als wenig die von der Ritterschaft gemeynet seyn würden, ihre Unterthanen und Hinterlassen ohne Unterscheid diesem Gerichte zu entziehen.

Nachdem nun der Engere Ausschuß hierauf ferner auf eine unumwundene Erklärung des Magistrats insistirte; so erfolgte per litt. 7. Aug. 1770 folgende Declaration:

Der in der Gerichts-Ordnung befindliche Titul vom Gast-Recht, wobey es auch im Stadt-Rechte lediglich gelassen worden, macht bekanntlich die einzige gesetzmäßige Norm aus, welche bis jezo in Rostock von Gast-Rechts-Vorkommenheiten vorhanden ist. Wer nun jene Stelle durchlieset, der wird darinn mit dürrern Worten finden, daß solche bloß auf die Unter-Gerichte gehe. Hieraus nun folget von selbst, daß wider Personen, welche nicht vor dem Unter-Gericht belanget werden können, sondern in dem Ober-Gerichte das forum haben, als wohin nunmehr die Mitglieder der löbl. Ritterschaft,

Gra-



Graduati und characterisirte Personen gehören, hieselbst kein Gast-Recht platzgreiflich sey, es wäre denn, daß diese von den Nieder-Gerichten Crimirte einen hiesigen Bürger und Einwohner, wie ihnen zu thun frey stehet, im Gast-Rechte belangeten, und der in solcher Maaße Verklagte eine Wiederklage, die bekanntlich in eodem foro auszumachen ist, gegen den Kläger anbrächte, als welcher sodann in jener Reconventions-Sache nach allen Gesetzen auf gleiche Art zu beachten ist. Dahingegen können sich alle übrige Personen, welche nicht unmittelbar unter dem Ober-Gerichte fortiret sind, sondern vor denen Unter-Gerichten zu besprechen, wohin auch alle Pächter, Holländer und übrige sich auf dem Lande befindende Personen zu rechnen sind, bey sonst eintretenden Requisites des Gast-Rechts, sich selbigem in keine Wege entziehen. 1c. — — — Nun könnten wir zwar vermöge des habenden Iuris statuendi das Gast-Recht ebenfalls bey dem Ober-Gericht einführen, und es ist nicht zu leugnen, daß man wohl ehe hieran gedacht. Allein wir geben zu Ew. Hochwohlgeb. völligen Beruhigung hiemit die Versicherung, daß im Fall unsre obige Erklärung für hinlänglich angesehen wird, wir uns nie entschließen wollen, in der Maaße das Gast-Recht auszudehnen, daß auch wider Eingeborne des Mecklenburgschen Adels selbiges zu verhängen sey; sondern wir versichern vielmehr unter der obigen Voraussetzung, daß solches nie von uns geschehen solle.

Als diese Angelegenheit nun der Landtags-Versammlung de 1770 vom Engern Ausschuss vorgetragen ward, fiel die Resolution ad 20. der Engern Ausschuss-Propositionen dahin aus, „daß die Stadt ihre Befugniß, alles was vor das Unter-Gericht fortirte, vor das „Gast-Recht zu ziehen hinlänglich noch nicht dargethan, deshalb möchte der löbl. Engere Ausschuss die Sache nochmals genau untersuchen, und im Fall die Stadt sich „nicht völlig legitimirte, ihr dieses Recht (wobey alle Landes-Eingeseffene wegen der „Folgen interessirten) nicht zugestehen.

Allererst Anno 1774 ward dieser Auftrag von dem Engern Ausschuss unterm 24sten December soferne befolgt, daß dem Magistrat der Auftrag des Landes per extractum protocolli mitgetheilt ward. Dieser beschaffte seines Ermessens die abgeforderte Legitimation durch Communication der schon oben angezeigten a Serenissimo längst mitgetheilten resp. Exceptions- und Reconventions-Schrift. Dadurch fand sich der löbl. Engere Ausschuss bewogen, per Circulares vom 10ten May 1775 sein Erachten dahin abzugeben:

Daß nach Maaßgabe der communicirten Exceptionalium der Stadt ratione Possessionis mit Bestand nichts in den Weg gelegt werden mögte, und die den 7ten August 1770 gethane Declaration: nie ein Gast-Recht bey dem Ober-Gerichte zu verhängen, oder wider Personen, welche hierunter unmittelbar stehen, zu erkennen oder zuzulassen, zur Beruhigung des eingebornen Adels zur Zeit hinlänglich zu seyn scheine, um gegen die Ausübung, die für das commercium allerdings nützlich ist, nichts weiters zu regen.

Ritterschaftliche Deputati zum ante Comitial-Convent de 21sten Oct. 1775 erinnerten,

e

„daß



„daß sie den Punkt wegen des Rostockischen Gast-Rechts zwar inter Propositiones zu finden vermuthet hätten, da aber solches nicht geschehen; so würden sie die nähere Information auf dem Land-Tage gewärtigen.

Auf dem Landtage desselben Jahres erklärte der löbl. Engere Ausschuß, daß er der den Circularien vom 13ten May 1775 deshalb eingerückten Relativa nichts beyzufügen wisse. Dennoch committirte die Landtags-Versammlung unterm 30sten Nov., de novo sorgfältig untersuchen zu lassen:

in wieferne die Stadt Rostock berechtiget seyn könne, einen Adlichen Hinterfassen oder den Bürger einer Mecklenburgschen Stadt vor ein im Nieder-Gerichte zu haltendes Gast-Recht zu ziehen, und davon cum voto bey der nächsten Versammlung zu referiren.

Der löbl. Engere Ausschuß ließ darauf ein solches Votum durch den Land-Syndicum Herrn Doctor Taddel entwerfen, und legte es der letztern Convents-Versammlung vor.

In diesem Voto wird erstlich, daß das Gast-Recht in alten Teutschen und dem Sächsischen Rechte fundiret sey, angezeigt, und obgleich die Rechtslehrer darüber uneins sind, ob es in favorem peregrinorum oder commerciorum introduciret; so wird hier behauptet, daß man beyde Endzwecke mit vieler Billigkeit zu gleicher Zeit Statt finden lassen könne. Hier in Rostock sey das Gast-Recht mit dem Lübschen Recht seit mehr denn zwey hundert Jahren in Observanz, da die Gerichts-Ordnung de 1586 schon auf einen lange üblichen Gebrauch desselben provociret. Außerdem habe Magistratus der Possession halben viele Beyspiele beygebracht. Ferner wird angezeigt, daß intuitu personarum Fremde oder Ausländische gegen Fremde oder Ausländische, desgleichen Fremde oder Ausländische gegen Bürger et vice versa, nicht minder ein Bürger, dem eine Action von einem Fremden cediret worden, gegen einen Bürger, vor dem Gast-Recht litigiren könne. In Absicht auf die Actiones müssen selbige öffentlich und beweislich seyn. Modus procedendi ist in der Gerichts-Ordnung ausführlich bestimmt. Nun könne intuitu personarum wohl nichts erinnert werden, da es ein jus reciprocum sey, und man noch dazu durch die 1770 angebotene Resolution personas egregias eximiret. Die Hinterfassen der Ritterschaft könnten sich ohne Nachtheil vor diesem Gerichte stellen, weil es zu Erhaltung Treu und Glaubens diene, und die nur dahin gelangende causae liquidae ohnehin summarisch auch in andern Gerichten abgethan würden. Das einzige, was sodann noch anstößig scheinen mögte, würde seyn, daß nicht allein in erweislicher Schuld, sondern auch in allen andern Sachen nach der Gerichts-Ordnung vor dem Gast-Recht verfahren werde, deshalb man über den Ausdruck: Aller andern Sachen halber, vom Magistrat allenfalls annoch eine Erklärung erfordern möchte.

\* \* \*

Dieses ist der Inhalt der über dieses Sujet verhandelten Acten. Der Proceß zwischen dem Durchlauchtigsten Landesherrn und der Stadt ruhet, so wie alle andere obwaltende gerichtliche Streitigkeiten unter denselben, seit verschiedenen Jahren. Sollte er je reassumiret werden, und die intendirte gütliche Vereinbarung nicht statt haben;

so



so wird alsdann die Ritter- und Landschaft sich standhaft erklären müssen, ob sie die Stadt, mit ihrem Verfahren zufrieden, alles Anspruchs entlassen, und sich, so weit es bis jetzt eingeschränket worden, dem Gast-Recht unterwerfen: Oder ob sie mit Serenissimo communem caussam machen und der Stadt das Recht, die Landes-Einwohner, so außerhalb der Stadt gefessen, vor das Gast-Recht zu ziehen, bestreiten wollen.

Nach meinem unvorgreiflichen Dafürhalten ist es der äußersten Nothwendigkeit, diese in der That besondere und wichtige Sache ist genau zu untersuchen und wo möglich etwas gewisses und festes zu etabliren, damit man bey dem Falle mit einer gründlichen Entschließung fertig seyn möge. In Hoffnung, einige solide Data dazu zu suppeditiren, will ich iht mein Gutachten committirtermassen nebst seinen Gründen darlegen. Ueber die ante acta kann ich mich dabey aus vielen Gründen nicht einlassen. Die Gegeneinanderhaltung der Principiorum wird die Entscheidung geben.

Alles, was ich über diese Angelegenheit zu sagen habe, wird in die Beantwortung folgender Fragen einschlagen.

- A. Ob das Gast-Recht in Rostock statt habe?
- B. Ob Ritter- und Landschaft, Landes-Einwohner und deren Hinterlassen diesem Gast-Recht unterworfen?
- C. Ob die Ritterschaft in der Erklärung der Stadt oder vielmehr des Magistrats vom 7ten August 1770 ihre völlige Beruhigung finden könne?

So viel nun die erste Frage betrifft, so ist das Gast-Recht seinem Ursprunge und seiner Beschaffenheit nach ein ursprünglich Teutsches und zwar Stadt-Recht, und hat seinen Ursprung in dem Sächsischen Weichbilde art. 46. da verordnet ist:

Wer es auch, das ein Burger ein Gast ansprech und beklagt, oder ein Gast ein Burger umb Schuld (mit Gezeugen) so mögen sie das zu stund wohl richten, der Gast mus aber schweren ob man es nicht entperen wil das er ein frembd Mann sey, und also ferr gefessen, das er das Ding in einem Tag nicht besuchen mög. Welchem sein Gelt durch Richter und Schöpffen erteilt wird das sol man jm leisten über vierzehen Nacht.

Diese Verordnung gehöret zu denenjenigen, davon in Prolegomenis des Weichbildes gesagt wird:

Markrecht ist dieses, das die Markleuth (i. e. Stadtleut) hievor bey den alten gezeiten unter einander gesetzt haben, von ir selbs Willkühr (von alter Gewohnheit) nach Karolus Recht als die von Cölln über Rhein, die von Magdeburg und ander guten Stedt als jr wol vernemen solt in diesem Buch.

Es wird also die Bestimmung, daß das Gast-Recht ein uraltes Teutsches Stadt-Recht sey, keinem Zweifel unterworfen seyn. Es stimmen damit überein

de Balthasar in diss. de jure Peregrinorum §. IV.

woselbst er darthut, daß das Gast-Recht gar nicht aus dem Römischen Rechte hergeleitet werden könne, weil ein jeder Fremder den Römern verhaßt und bey ihnen schlechterer Condition als die Bürger gewesen, dagegen bey den Teutschen die Fremde allewege einen größern favorem gehabt. Nun will zwar obangeführter Schriftsteller das Gast-Recht aus der alten Gast-Freyheit herleiten, welche Julius Cäsar und Tacitus den



Teutschen nachrühmen, da er aber selbst von den alten Gesetzen gestehen muß, §. 6.  
 sed — de jure peregrinorum singulari circa processum — aliquid in iis  
 dispositum invenire haud potui.

so siehet ein jeder leicht, daß dieses nur eine Vermuthung sey, die zwar eine Differ-  
 tation schmücken, aber keinen Entscheidungs-Gaund abgeben kann.

Dieses Recht nun ist, wie eben gedachter Autor erweist, in vielen Teutschen, und  
 auch anderer angränzender Reiche Städten, besonders aber Handels-Städten, einge-  
 führet worden, und hat auch in der Stadt Rostock seit mehr denn zweyhundert Jahren  
 obtiniret. Es ist ein Theil des angeblich schon 1188. von Friderico Barbarossa confir-  
 mirten Lübschen Rechts, mit welchem die Stadt Rostock bekanntlich bewidmet ist.

Da nun zu dieser rechtlichen Ursprungs-Begründung dieses Rechts, eines Theils  
 der uralte Besiz, andern Theils der einleuchtende Nutzen eines solchen Gerichts-Ge-  
 brauchs, zur Sicherheit der Handlung und des Gewerbes, nicht minder Erhaltung  
 Treue und Glauben hinzu kommt; so wird kein Zweifel dagegen übrig seyn, daß das  
 Gast-Recht in Rostock wirklich statt habe. Man wird vielmehr die triffstigsten Be-  
 wegungs-Gründe finden, selbiges in seiner nützlichen Strenge beizubehalten.

Wann es nun ferner darauf ankommt, zu bestimmen, ob diesem Gast-Recht alle  
 Landes-Einwohner, außerhalb der Rostocker Feldmark wohnend, unterworfen sind; so  
 wird man in die Art und Beschaffenheit dieses Rechts näher hinein gehen müssen. Es  
 wird dabey hauptsächlich auf die Bestimmung des, bey Einführung einer solchen Ge-  
 richts-Pflege vorgesezten Zwecks ankommen.

Obgleich nun Magistratus der Stadt Rostock in allen seinen Exhibitis in dieser  
 Sache zu behaupten getrachtet: das Gast-Recht sey ein zum Vortheil des Rostockischen  
 Bürgers eingeführtes Recht, dergestalt, daß sie es sogar als eine Folge und Ableitung  
 des Privilegii de non evocando civem Rostochiensem angesehen wissen wollen; so ist es  
 doch meines Ermessens eine ganz ausgemachte Sache, daß das Gast-Recht bloß in favo-  
 rem peregrinorum und zu Erhaltung des Credits commercirender Bürger auf Handels-  
 Plätzen eingeführet worden. Der Beweis, den ich hierüber vorlegen will, wird entschei-  
 den lassen, ob ich Recht habe.

Den ersten Beweis-Grund giebet sogleich der Text des Weichbildes in den Worten:

Der Gast muß aber schweren, ob man es nicht entperen will, das er ein fremd  
 Mann sey, und also fere gefessen das er das Ding in einem Tag nicht besuchen  
 mög.

Dieses erklärt die Glosse in den Worten ad art. 47. fol. 75. b.

Der Richter mag ihm wohl gebieten, bey der Sonnenschein oder bey einer  
 Nacht zu bezalen so fere ob der Forderer ein Gast ist und das er da beweist,  
 das er das Gericht in einer Tagszeit nicht erlangen könn. Das muß aber  
 der Gast beweisen mit zweien seiner Finger auf den Heiligen, das er ein  
 Fremd Mann sey.

Aus der Fassung dieser Ordnung, die in dem Anfange des 14ten Jahrhunderts ihren  
 Ursprung hat, muß unstreitig die Absicht der Gesetzgeber erkläret werden, und jedem  
 muß es einleuchten, daß hier offenbar von einem beneficio die Rede sey, zu dessen Ge-  
 nuß



muß sich der Fremde durch einen Eyd legitimiren muß. Es ist ferner aus den Worten des Textes klar, daß das Gast-Recht überall nicht anders und nur unter der Bedingung gehalten werden soll: daß der Gast, ob man es nicht entperen will, schwere, daß er ein fremd Mann sey. Wird nun aber hiebey bloß auf die Condition des Gastes gesehen, legen ihm die Geseze einen Eyd auf, zu welchem er de regula verbunden ist, wovon derselbe nicht remittiret wird, ist hier endlich von der Condition des andern Theils oder des Bürgers gar nicht die Frage; so ist es wohl außer allem Zweifel, daß das Gast-Recht bloß zum Besten des Fremden eingeführet worden. Wiemohl ich dabey nicht zu leugnen begehre, daß dieses Recht auch ein jus reciprocum sey. Denn so wie aus dem Text des Weichbildes das Gast-Recht als eine Wohlthat für den Fremden erscheint, und wie die Glosse besonders in Absicht auf die einem Fremden schulbige Zahlung den terminum solutionis der vierzehnen Nacht auf einen Sonnenschein oder eine Nacht einschränket; so disponiret im Gegentheil das Lübsche Recht, so wie es in neuern Zeiten publiciret worden, daß wann der beklagte Fremde auf die Ladung nicht erscheint, er in Bürgen Hände gedungen, i. e. arretiret werden soll.

Es ist hiebey gleichviel, ob man die Disposition des Lübschen Rechtes zur Quelle für das Weichbild-Recht, oder dieses zur Quelle für jenes annimmt, allemal bleibt es gewiß, daß in jenen ältern Zeiten dieses Recht ohne Rücksicht auf die Condition des Bürgers eine Wohlthat für den Fremden gewesen.

Dieses kann aber noch ferner aus den Gast-Gerichts-Ordnungen anderer Städte die um selbige Zeit entstanden, erläutert werden. Denn so heißt es in der Stralsundischen Bürger-Sprache de 1693. art. 3.

Sie gebieten einem jeden, (scil. Bürger) der mit Fremden oder Gästen Kauf-Handel treibet, daß er bezahle, damit keine Klage komme, dann einem jeden (scil. Fremden) soll forderlichst zu Gast-Recht verholfen werden.

In der Stralsundischen Gerichts-Ordnung cap. 12. §. 1. heißt es:

Fremde, so langwierige Rechtfertigung nicht abwarten mögen.

In der Danziger Gerichts-Ordnung ist das Gast-Recht

„in favorem zu schleuniger Abhelfung und Beforderung des fremden Mannes von Alters  
„also verordnet, daher es auch den Namen Gast-Recht überkommen hat,  
und eben darum sind einige von der Befugniß, ein Gast-Recht zu begehren, darinn ausgeschlossen  
daß dieselbe täglich bey uns zu Stege und Wege gehen, und ihre Nahrung  
in der Stadt fortsetzen.

Deutlicher erkläret noch die Disposition des Weichbildes, die Breslauische Gerichts-Ordnung, welche Schickfus anführet

Mag ein Fremder wider einen Fremden zu Gast-Recht seiner Anforderung halber fürkommen, ein Bürger aber weder für sich noch in Macht eines Fremden nicht, dann er seine Zusprüche wider den Fremden bey dem ordentlichen Stadt-Recht fürbringen muß, und in demselbigen sich rechtfertigen lassen. Jedoch wo der Gast das ordentliche Recht zu erwarten Beschwehr trüge; so ist ihm frey und zugelassen, ein Gast-Recht wie oben vermeldet zu bestellen.

Auf diese Art wird der Text des Weichbildes deutlich, welcher sich sonst widersprechen würde,



würde, da es überflüssig wäre, den Fremden schweren zu lassen, daß er ein fremd Mann sey, wenn es von dem Willen des Bürgers abhänge, ihn vor das Gast-Recht zu laden. Und selbst das Lübsche Recht stimmt damit überein, obgleich es nach dem heutigen Gerichts-Gebrauch nicht zu leugnen ist, daß auch der Bürger gegen den Fremden nach seiner Willkühr ein Gast-Recht veranlasse. So wenig aber dieses auf den eigentlichen Zweck des Gast-Rechts einen Einfluß hat, so wenig wird es hier nöthig seyn, mehrere Beyspiele zur Erläuterung anzuführen. Es mag vielmehr das Zeugniß aller Rechtslehrer, die von dieser Sache geschrieben haben, meinen Beweis vollenden.

Hieher gehöret zuvörderst der vom Magistrat selbst als bewährt angenommene Rostock'sche Rechtslehrer Möller in diss. vom Gast-Recht §. 16. Er schreibt

*Causa introducendi hujus judicii potissimum fuit duplex. Primaria est favor Peregrinorum ne isti nimis diu ad litigandum in judicio detineantur — Secundaria est favor commerciorum*

Und obgleich der Assessor von Balthasar in cit. diss. die rationem secundariam, nempe favorem commerciorum, nicht annehmen will; so muß er doch den favorem Peregrinorum als eine Rationem genuinam hujus juris annehmen. Nachdem er also §. 14. & 15., daß das Gast-Recht zum Vortheil der Fremden eingeführet worden, erwiesen hat, so schließt er §. 16. eben wie Möller l. c.

*Ratio specialis, Legislatores ad illum favorem peregrinis tribuendum determinans, si recte sit judicatum hæc esse videtur: ne peregrinus judicialiter in loco peregrino jus suum prosequendo, per nimis longum tempus absens rem familiarem &c. — negligere & tandem plane ad incitas redire cogatur.*

Hiermit stimmen außer diesem überein

Befoldus l. v. Gast-Recht

Zahn in Politia municip. l. 2. c. 40. n. 44.

Mev. ad I. Lubec. p. 3. T. 1. n. 52.

Schilter de jure peregrinorum §. 47. woselbst

folgende von dem berühmten Hortleder concipirte Gast-Rechts-Citation angeführet wird:

*P. P. derowegen und damit Klägern als einem Fremden ein schleunig Gast-Recht gehalten und weder ihm noch Beklagten weitere Unkosten und Schaden zugezogen werden mögen; Als ic.*

Wie es nun hiedurch sattsam erwiesen ist, daß in Ansehung der Personen, die dem Gast-Recht unterworfen sind, selbiges hauptsächlich in favorem der Fremden eingeführet worden; So ist es auch aus der Entstehung und der Natur der Sache sowohl als nach der Meynung der Rechtslehrer leicht zu erweisen, daß das Gast-Recht in Absicht auf die dahin gehörige Sachen ein zum Besten der Handlung eingeführter summarischer Proceß sey. Denn nirgend wird fast dieses Recht eingeführet befunden, als in Oertern und Städten wo die Handlung ein wichtiger Nahrungs-Zweig ist. Diese ziehet die Fremden hin, diese erfordert vorzüglich die Erhaltung Treu und Glauben, so ferne eine prompte Justiz-Pflege sie erwirken kann. Es ist auch aus dieser Ursache das Gast-Recht vorzüglich in den Hansee-Städten und zur Zeit, da die Hanse im größten Flor war, eingeführet wor-



worden. Der Rostockische Magistrat erkennet dieses auch selbst, da er als eine Ursache der Unentbehrlichkeit des Gast-Rechts anführet, daß die Stadt von Anfang her zur Handlung gewidmet sey. Selbst die besondere Beschaffenheit dieses Rechts bestätigt dieses, denn da die Rechte schon in andern Sachen, als klaren Schuld, Wechsel, Pupillen-Aliment-Besitz-Sachen, einen summarischen Proceß vorschreiben; so haben sie in Ansehung der Handlung ein noch kürzeres Verfahren etabliret.

Hiermit ist nicht nur Möller l. c. einig, sondern Ertel in praxi aurea de jurid. lib. 2. cap. 35. saget:

Ratio hujus juris consistere videtur in commerciorum utilitate & commoditate &c.

vide porro

Mev. l. c. & ad Tit. 4. art. 7. n. 1. it. ad Tit. 4. art. 2. Schottel &c.

Wann nun durch obige Gründe sattsam dargethan ist, daß das Gast-Recht eine Art der Gerichts-Pflege sey, welche zum Besten der Fremden vorzüglich in Handlungs-Sachen eingeführet worden; so folgt daraus von selbst, daß es in der Anwendung, nach denen besondern dabey statt findenden Endzwecken, erweitert oder beschränket, und alle deshalb zu erörternde Zweifel nach demselben aufgelöst werden müssen.

Es kann also hier sicher. restrictive geschlossen werden, daß in dubio niemand unter das Gast-Recht sortire, als der ein Fremder ist. Dieses besaget auch die Rostockische Gerichts-Ordnung de 1568. Tit. XI. §. 1. da sie das Gast-Recht nur dann statt finden läßt, wann

1. Ein Ausländischer oder Fremder einen Fremden oder Ausländischen
2. Ein Bürger, einen Fremden oder Ausländischen et vice versa oder
3. ein Bürger, dem eine Actio von einem Fremden oder Ausländischen cediret ist, einen Bürger

belangen will.

Folglich wird es bey Anwendung des Rostockischen Gast-Rechts vornehmlich darauf ankommen, wer unter dem Ausdrucke Fremder oder Ausländischer verstanden werde, und ob im vorliegenden Falle die Einwohner dieses Landes, außerhalb der Rostockischen Feldmark wohnend, darunter mit begriffen und verstanden werden können?

Magistratus Rostochiensis erkläret obangeführtermäßen diese Ausdrücke so, daß das Wort Fremder im Gegensatz auf das Wort Ausländer, denjenigen bedeute, der außerhalb Rostock in Mecklenburg wohnet, Ausländischer aber bedeute einen außerhalb Mecklenburg wohnenden. Dieser Auslegung aber kann ich hier darum nicht beypflichten, weil bey derselben contra naturam & indolem des Gast-Rechts der favor des Bürgers ganz allein zum Grunde lieget, und an die Stelle einer Interpretationis restrictivæ, l. stricte, wie die Auslegung eines Privilegii, das des dritten Rechte schmälert, billig seyn soll, eine Interpretatio maxime extensiva gesetzt wird, durch welche denen übrigen Einwohnern Mecklenburgs ihr forum, zum Besten und zur Bequemlichkeit der Bürger genommen und verändert wird.

Obgleich auch Magistratus Rostochiensis in den Acten dieserhalb ad interpretationem usuaem, deren Authorität in diesem Falle nicht ohne Gewicht seyn dürfte, provociret hat;



so ist doch auch selbst die Interpretatio usualis den Behauptungen gedachten Magistrats gerade entgegen. Zwar wenn man für eine Interpretationem usualem dasjenige annehmen wollte, was die Stadt für sich selbst, aus einem Principio, zum Faveur ihrer eigenen Bürger von Zeit zu Zeit geäußert, und gesetzlich zu machen getrachtet hat; so könnte es wohl nicht fehlen, daß bey der Seltenheit der Fälle, da ein Gast-Recht die Attention des Publikum auf sich gezogen, sie nicht senlim senlimque einen ihren Absichten entsprechenden Gerichts-Gebrauch sollten eingeführet haben. So wie aber die Stadt in dem Gast-Rechte selbst bey sich Veränderungen eingeführet hat, welche eigentlich wider die Natur des allgemein bekannten Gast-Rechts streiten und welche v. Balthasar exorbitantia hujus juris nennet; so hat sie auch die Erstreckung des Gast-Rechts viel weiter als die Geseze es erlauben und wider den wahren Sinn derselben ausgedehnet. Hinfolglich kann in thesi der Gebrauch dieser Stadt nichts bestimmen. Man muß vielmehr, so wie vorher der Zweck des Gast-Rechts aus der Natur der Grundgesetze und andern Gast-Gerichts-Ordnungen hergeleitet worden, auch ist darauf sehen, wie in andern Dertern der Ausdruck Fremder, der in jeder Absicht die Grenzen des Stadt-Rechts bezeichnet, verstanden werde.

Ehe ich aber hiezu schreite, muß ich zuvor bemercklich machen, daß hier die Analogie zwischen Rostock und Hamburg, Lübeck oder andere Reichs-Städte nicht Statt habe. Diese Städte haben ihr territorium clausum und sind nicht in territorio. Mit Rostock ist es weit anders beschaffen. Es liegt in territorio und hat mit dem Lande Mecklenburg einen Landes-Herrn und gemeinschaftliche Ober-Gerichte. Will man also ex analogia juris & praxeos diesen Fall entscheiden, will man eine unpartheyische interpretationem usuaalem zum Grunde legen; so muß man auf solche Derter sehen, die in obangeführten Rücksichten mit Rostock Aehnlichkeit haben.

Schon vorhin ist es aus dem Sächsischen Weichbild oder Stadt-Recht dargethan worden, daß das Gast-Recht nur gehalten werden soll, einem Fremden, der so fern gesessen, daß er schweren kann, er könne das Ding nicht in einem Tag besuchen, woraus denn offenbar folget, daß nicht Untermwürfigkeit unter die Jurisdiction des Orts, sondern die Entfernthelt des Wohnsitzes über die Fremdheit und Befugniß zum Gast-Recht entscheide.

Der Schöppenstuhl zu Magdeburg hat daher bey der Frage, ob jemand das Gast-Recht bestellen könne, dahin entschieden:

daß derjenige vor einen Fremden gehalten werden solle, der ferner denn eilf Meilen von dem Gerichts-Orte gesessen ist.

Die Danziger Gerichts-Ordnung vergönnet das Gast-Recht nur denen so aus abgelegenen Dertern ic.

Die Anspachische Amts-Ordnung schlägt denen im Lande gesessenen die Befugniß ein Gast-Recht zu begehren gänzlich ab verbis:

Wann aber dergleichen Gast-Gericht nicht auf unsere Unterthanen oder Einheimische die einander alle Tage zur Stelle haben können; sondern vornemlich auf die auswärtige Personen gemeint — So wollen wir — — — daß sich unsere Unterthanen ermeldeten Gast-Gerichts hinfüro (wo nicht sonderlich Noth und



und Eilwerk vorhanden) enthalten, an den ordentlichen Gerichten genügen lassen.

Ja in allen Orten, wo das Gast-Recht weiter ausgedehnet worden, ist es diesem oder jenem doch nur als eine Wohlthat gegen den Bürger zugestanden, nie aber als ein Mittel angesehen worden, einem Fremden sein forum zu nehmen, und froh, daß man ihn endlich habhaft geworden, obtorto collo vor sein eigenes Gericht zu ziehen. Wie solches Willenberg de jure Prutenico anführet, da verordnet ist:

Und sollen desselben Gast-Rechts zu gebrauchen haben, nicht allein die Fremden und Ausländer, sondern auch andere vom Lande und Städten, so des Orts kein Bürger-Recht haben.

Obschon auch die Städte Danzig und Lübeck ihren Bürgern das Gast-Recht gegen Fremde verstatet haben; so ist doch, wie obgemeldet, zwischen diesen Städten und der Stadt Rostock ganz keine Aehnlichkeit. In Ansehung jener Städte ist alles fremd, was nicht in der Stadt wohnet, und da die großen Handels-Städte weit von einander liegen; so ersparten sie ihren Bürgern nicht unbillig die Mühe, einen Auswärtigen, der in ihren Ringmauern Verkehr trieb, in entfernten Orten aufzusuchen. Gegen solche Fremde könnte die Stadt Rostock auch wohl in Handels-Sachen zum Vortheil der Bürger das Gast-Recht gebrauchen. Das Verhältniß aber in welchem die Stadt Rostock mit dem übrigen Mecklenburg ist, giebet derselben nicht die geringste Befugniß, über die Landes-Einwohner ihre Gerichtsbarkeit, durch eine mit der Natur des Gast-Rechts streitende Erweiterung desselben zu vergrößern.

Ein jeder, der das Obstehende erwiesene mit der mahren Beschaffenheit des ighigen Rostocker Gast-Rechts zusammen hält, wird augenscheinlich überzeugt werden, daß das Gast-Recht in Rostock weit über die Gränzen ausschweife, die das Gast-Recht nach ursprünglichen Rechtsbegriffen hatte.

Das alte Gast-Recht war eine Wohlthat für den Fremden, auf dessen Begehr es active und passive einzig und allein gehalten ward. Der Fremde mußte sich dazu durch einen Eyd legitimiren. Ob einer fremd sey oder nicht, ward nach Entlegenheit des Ortes, und sonst nach keiner Rücksicht beurtheilet. Nicht auf den engen Raum einer Feldmark, sondern auf eine Entlegenheit über eine starke Tage-Reise gedeutet. Der Bürger, der nahgeseffene durften es gar nicht begehren. Ja es ward denen Unterthanen desselbigen Herrn verboten, es zu gebrauchen.

Das Rostockische Gast-Recht wird dagegen als eine Wohlthat für den Bürger auf alle Fälle extendiret, wo es die Jurisdiction zum Vortheil desselben erweitern kann. Durch eine wider die interpretationem usualem streitende Auslegung des Wortes Fremder, wird derjenige, der keine halbe Meile von der Stadt wohnet, zum Fremden gemacht. Ja es werden die Unterthanen desselbigen Landes-Herrn als Fremde angesehen. Das Gast-Recht wird ihnen zum Nachtheil dahin extendiret, daß sie ihres fori beraubet, vor ein fremdes Gericht stehen, und nach Gesetzen beurtheilet werden sollen, die nicht für sie gegeben sind. Wer kann dann noch daran zweifeln, daß dem Gast-Recht in Rostock die außerhalb Rostock wohnende Landes-Einwohner gar nicht passive unterworfen seyn können, obgleich sie active, soferne sie und die Angelegenheiten dazu qualificiret, es allerdings fordern können.



Es wird jetzt zu völliger Entscheidung der Frage nur noch zu untersuchen seyn, ob die Stadt Rostock ihr Gast-Recht so, wie dasselbe ist von ihr gedeutet wird, etwa durch einen langwierigen Besiß gegen die Einwohner Mecklenburgs rechtmäßig obtiniret habe?

Um dieses zu bestimmen, untersucht man billig die Befugniß des Raths, eine Ordnung, wie die Gerichts-Ordnung de 1586 und besonders das in derselben bestimmte Gast-Recht ist, einzuführen. Denn zur Erwerbung durch Besiß ist bekanntlich die Rechtmäßigkeit des Tituli das erste Erforderniß. Die Stadt Rostock hatte unstreitig ein *titulo oneroso* erworbenes *Ius statuendi cum omnimoda jurisdictione* von den Durchlauchtigsten Landes-Herren als ein Privilegium erhalten. So wie aber alle Privilegia in dubio so verstanden werden müssen, daß sie das *jus tertii* nicht schmälern; so würde schon es an und für sich, meines Ermessens eine überspannte Folgerung aus diesem Privilegio seyn, wenn man der Stadt Rostock daraus die Befugniß zuschreiben wollte, sich über die übrigen Einwohner des Landes eine Jurisdiction, sie sey von welcher Art sie wolle, anzumäßen. Noch weniger aber konnte die Stadt Rostock sich diese Befugniß anmaßen, da die Determinationen ihres Privilegii selbst ihr dieses schlechterdings untersagen.

Niemand wird in Zweifel ziehen, daß die zwischen Ihro Herzogl. Durchl. an einem, und der Stadt Rostock am andern Theil, bey vorfallenden Streitigkeiten über den Gebrauch und Mißbrauch der Privilegien getroffene Erb-Verträge, es bestimmen, auf welche Weise sich die Stadt Rostock der ihr zugestandenen Freyheiten und Gerechtigkeiten zu gebrauchen habe. Nun saget der Erb-Vertrag de 21. Sept. 1573 J. Gleicherweise, ausdrücklich:

So wohl auch gemeldter Rath eine gute Christliche Ehrbare und billige Polizen und Gerichts-Ordnung, nach der Stadt Gelegenheit und Ihrer J. G. ausgegangenen Polizen- und Gerichts-Ordnung, so viel sich immer leiden will und möglich seyn wird gemäß und gleichförmig — — — zu verfassen — — schuldig seyn soll.

Ist nun aber hierinn der Stadt Rostock ausdrücklich vorgeschrieben, ihre Gerichts-Ordnung denen Landgerichts-Ordnungen, gleichförmig zu machen; so ist ihr gewiß nicht erlaubt, Statuta zu machen, die den Gerichts-Ordnungen des Landes, nach welchen in alle Wege der Kläger dem Beklagten in sein forum folgen soll, schnur gerade widersprechen und denselben derogiren. Es bedarf also keines weitem Erweises, daß dem Rath zu Rostock die Befugniß, eine Gerichts-Ordnung wie die de 1586, intuitu des Gast-Rechts ist, zu erlassen, und folglich in diesem Fall *justus titulus possessionis*, schlechterdings fehle.

Eben so sehr fehlt es hier an der *bona fide*, dem zweyten Erforderniß einer Erwerbung durch Besiß. Die Landes-Gerichts-Ordnungen, besonders die Land- und Hof-Gerichts-Ordnung, waren schon längst im Druck publiciret. Der Rath wußte, daß die Einführung des Gast-Rechts, wie es art. XI. der Gerichts-Ordnung bestimmt ist, mit den Landes-Rechten nicht bestehen könne.

Ob nun endlich die Stadt per legitimum tempus s. lege definitum in possessione et quidem continua des Gast-Rechts gegen die Einwohner Mecklenburgs gewesen, solches würde sie allerdings zu erweisen haben, falls sie bey dem Mangel eines rechtmäßigen ti-

tuil



tuli, bey fehlender bona fide und dem augenscheinlichen vitio possessionis zu diesem Beweise gelassen werden könnte, welches wohl auf keine Art behauptet werden mag.

Ich glaube daher, die Meynung:

daß die Stadt Rostock nicht befugt, das Gast-Recht in der Form, die es ist und hat, gegen Ritter- und Landschaftl. Eingeseffene und deren Hintersassen zu exerciren,

genugsam begründet zu haben. Daher wende ich mich zu Beantwortung der dritten Frage:

Ob die Ritterschaft in der Erklärung der Stadt Rostock, oder vielmehr des Magistrats vom 7ten August 1770 ihre völlige Beruhigung finden könne?

und ich bin gemüßiget, dieses schlechterdings zu verneinen, da die Erklärung des Magistrats contra thesin juris nicht allein streitet, sondern auch auf ausdrücklich bemerkte Prämissen gegründet ist, die wider actenmäßige und sonst notorische Facta anlaufen, woraus denn ganz offenbar folget, daß diese Erklärung, so wie sie an sich schon durch die Falschheit ihrer Prämissen nichtig ist, auch in Ansehung der daraus gezogenen Folgen überflüssig, unzureichend und ganz unbedeutend sey.

Der Sinn der Erklärung vom 7ten August 1770 soll unstreitig dieser seyn: die Ritterschaft soll für sich und ihre Familie vor das Gast-Recht nicht stehen dürfen, weil sie unter das Ober-Gericht sortiren, und bey dem Ober-Gericht kein Gast-Recht verhängt wird. Hat nun aber die Stadt in actis selbst drey besondere Fälle, als 1. in Betreff des Herrn von Bogessang zu Vorwerk, 2. des Herrn Major von Zülow, 3. des Herrn von der Lühe zu Böhlendorff angeführet, in welchen wirklich gegen angeessene Nobiles ein Gast-Recht ad instantiam des Rostockschen Bürgers statt gefunden; so hat Magistratus offenbar der Ritterschaft etwas einräumen wollen, was sie, seiner Meynung nach, noch nicht gehabt hat, er hat ein jus novum constituiren wollen. Dieses läuft aber contra jus in thesi. Denn §. 433 des Grundgesetzlichen Erb-Vergleichs disponiret ausdrücklich:

Schließlich sollen die in der Stadt Rostock wohnende, oder sich aufhaltende von Unserer Ritterschaft, nach der, zwischen beiden erfolgten Vereinbarung, nicht unter dem Lübschen Recht, sondern unter den gemeinen Kayserlichen und Unserer Lande Rechten stehen, folglich in vorkommenden Fällen darnach geurtheilet werden.

Ist nun in diesem §. die Ritterschaft eo ipso von dem Gast-Recht, welches nach demjenigen, was schon oben angeführet ist, ein Markt- oder Stadt-Recht ist, welches nach Anerkennung des Magistrats aus dem Lübschen Recht originiret, erimiret, so ist die obige Erklärung des Magistrats von dem Iure in thesi ihrem ganzen Inhalte nach so abstiminig als sie an sich überflüssig ist. Denn der Adel ist ohne dies dem Lübschen und folglich auch dem Gast-Recht gar nicht unterworfen.

Zwar möchte der Magistrat vielleicht hier einwerfen, daß das mit Kayserl. Confirmation versehene Lübsche und in demselben enthaltene Gast-Recht, zu den Kayserlichen Rechten gehöre. So wie aber dies an und für sich nur ein Wortstreit wäre; so hat auch die Stadt selbst, in ihrer Gerichts-Ordnung de 1586 Part. 1. Tit. 16. §. 1. das  
Lübsche



Lübsche Recht dem Kayser-Rechte entgegen gesetzt, da es heißt:

Ob wohl die Wieder-Klage in dem Lübschen Rechte nicht zugelassen, weil aber dennoch wir in diesem Fall eine geraume Zeithero das gemeine beschriebene Kayser-Recht gefolget, und die Gegen- oder Wieder-Klage an diesem Gericht zugelassen 2c.

und der oballegirte §. des Erb-Vergleichs opponiret beyde Rechte nicht allein einander ausdrücklich, sondern er gedenket noch besonders der Landes-Rechte, nach welchen der Adel, als nach ihren sonst eigenthümlichen Rechten, geurtheilet werden soll.

Der zweyte Einwand könnte darinn bestehen, daß hier von einem dauernden Aufenthalte die Rede sey, und nicht von der augenblicklichen Gegenwart der Geschäfte willen. Der Text des angeführten §. des Erb-Vergleichs aber verbietet auch hier jede Mißdeutung, da Wohnung und Aufenthalt hier eben so gewiß unterschieden werden, als in der Stadt-Gerichts-Ordnung Fremder und Ausländischer unterschieden zu seyn irgend behauptet werden mag. Ist nun das Aufhalten an einem Ort, sollte es auch nur zu Ausrichtung eines Gewerbes seyn, ein nothwendiges Requisitum, um die Jurisdiction des Gast-Rechts zu fundiren, und sind die Adlichen, die sich in Rostock aufhalten, ausdrücklich von der Behandlung nach Lübschen Recht eximiret; so kann gegen sie kein Gast-Recht statt haben. Advenae, oder die sich in einer Stadt eine Zeitlang zu wohnen begeben, sind das Gast-Recht active ohnehin zu verlangen nicht berechtigt, und können auch von Bürgern davor nicht belanget werden. Vid. v. Balthasar l. c. §. 6. et 10. Cap. 11.

Der letzte Einwurf, der gegen die Application des 433 §. des Erb-Vergleichs auf den vorliegenden Fall gemacht werden könnte, würde darinn bestehen, daß in demselben nur von Urtheilen, mithin vom Gesetze, wornach gesprochen, aber nicht von dem foro, vor welchem gesprochen werden soll, die Rede sey. Auch dieser Einwand aber, so wie er an und für sich auf eine Subtilität hinaus läuft, ist hinfällig. Das Gast-Recht ist im eigentlichen Verstande nur eine vorzüglich summarische Art der Gerichts-Pflege, und gehöret in soferne wesentlich zu den Gesetzen, nach welchen geurtheilt wird. Daß in Rostock damit eine Erweiterung der Jurisdiction, eine subductio fori verbunden werden wollen, ist etwas Zufälliges, dessen Unstatthaftigkeit oben hinlänglich dargethan worden. Es passet also der Erb-Vergleich l. c. ganz wohl hieher, und verbietet, den Edelmann in irgend einem Falle nach dem Lübschen und also auch nach dem Gast-Rechte zu beurtheilen.

Jetzt wird es mir noch obliegen, zu zeigen, daß die Erklärung quaest. deswegen nichtig und unzureichend sey, weil ihre Prämissen Acten- und Wahrheitswidrig sind.

Dieses wird mir um so leichter werden, als die superficiellische Kenntniß der verhandelten Acten davon überzeugende Beweise darlegt. Der Magistrat schließt in seiner Erklärung so:

Der Edelmann steht unterm Ober-Gericht; bey dem Ober-Gericht wird kein Gast-Recht gehalten:

Ergo ist der Edelmann sicher, daß wir ihn nicht vor das Gast-Recht ziehen werden.

Nun



Nun erlaube man mir zu fragen, ob die Herren von Bogessang, von Zülow und von der Lühe, vor dem Ober- oder vor dem Nieder-Gericht, vors Gast-Recht gezogen worden? Hat das Ober- oder hat das Nieder-Gericht die Kutsche und Pferde des (N. B. eingeständlich angefahrenen, mithin qua Possessor rerum immobilium nach Kayser- und Landes-Rechten der Arrests-Verfügung befreieten) von der Lühe von Boehendorff arretiret? Die Antwort mag ausfallen wie sie will, so ist es immer gewiß, daß die Prämissen der Erklärung Actenkündig, und nach dem eigenen Geständniß des Magistrats zu Rostock in seinen zu Wehlar übergebenen Exceptionalibus falsch sind. Es ist aber auch quoad praeteritum die Behauptung, daß vor dem Ober-Gerichte kein Gast-Recht verhänget werde, contra acta. Denn vielleicht um eben die Zeit, als diese Erklärung von dem Herrn Bürgermeister Balke mündlich und demnächst a Magistratu schriftlich abgegeben ward, hat der Herr von Müller auf Detershagen den Herrn Rathsherrn Prehn vor dem Gast-Recht und zwar vor dem Ober-Gericht, weil Beklagter ein Rathsherr war, belanget, und das Gast-Recht ist sub praesidio des Herrn Bürgermeisters Balke gehalten, zwey Rathsherrn, nemlich Herr Eyller und noch einer, Bensiger, und auch der Protonotarius zur Hand gewesen, wie der Herr von Müller mündlich bezeugen wird.

Nach diesen Actenkündigen und sonst notorischen Umständen kann ich unmöglich die Erklärung des Magistrats für zureichlich oder beruhigend halten; sondern ich bin vielmehr der Meynung, daß eine jede Erklärung des Magistrats da überflüssig sey, wo ohnedies offenbare und deutliche gesetzliche Verfügungen vorhanden sind. Ich will also meine Untersuchung mit ~~Behauptung~~ <sup>Behauptung</sup> das in dieser Angelegenheit hinc inde verschiedentlich incongrue gebrauchten Ausdrucks, Eingeborner Adel, schließen. Dieses finde ich darum notwendig, weil solche unpaßliche Ausdrücke, wie dieser wenigstens im vorliegenden Fall ist, bey öfterer Wiederholung nachtheilig werden können.

Wenn von Vorzügen die Rede ist, die der Mecklenburgischen Ritterschaft, dem Mecklenburgischen Adel zukommen; so ist freylich dieser Vorzug bloß auf den Mecklenburgischen Adel einzuschränken, und ein fremder Edelmann, der sich z. E. in Rostock aufhalten würde, würde auf die Exemption von dem Lübschen Rechte aus dem §. 433. des Erb-Vergleichs nicht provociren können, weil er nicht, nach den Worten jenes §., zu Unserer Ritterschaft gehöret.

So wie nun dagegen die Sesshaftigkeit allein die Landstandschafft erwirket, zu dieser aber die Eingeborenheit nicht erfordert wird, da sich ein fremder Edelmann hier ankaufen, und sich eo ipso unter Unsere Ritterschaft versehen kann; so kann der Ausdruck, eingeborner Adel, dem Ausdruck, fremder Adel, hier nicht eigentlich opponiret werden; sondern man würde sich meines Dafürhaltens eigentlicher des Ausdruckes hiesiger oder Mecklenburgischer Adel bedienen. Damit ich jedoch nicht auf der andern Seite die gebührenden Schranken zu verletzen scheinen möge, muß ich noch hinzu setzen, daß die Sesshaftigkeit oder Landstandschafft keinesweges den ganzen Mecklenburgischen Adel, und was unter diesem Ausdrucke begriffen ist, bestimme und in sich enthalte. Die Eingeborenheit und die Mitbelehnung haben billig eine Zuzählung zum Mecklenburgischen Adel, wenn auch keine Sesshaftigkeit damit verknüpft ist, zur Folge.



Denn so wie der gebohrne Unterthan ein Unterthan ist, er mag etwas besitzen oder nicht, so ist der Vasall auch ohne Besitz dennoch ein Vasall. Er kann delinquiren, der Felonie belangt werden &c. also ist er auch dem Landes-Herrn verpflichtet, und gehö- ren also beyde in diesem Falle unter den Ausdruck Unsere Ritterschaft oder zum Meck- lenburgischen Adel, zum hiesigen Adel.

Ich gehe von dieser zufälligen Digression, die ich zu entschuldigen bitte, wieder zu dem Haupt-Gegenstande meiner Untersuchung über.

Wenn ich die Wagschale der Gerechtigkeit ruhen lassen, und das Senfbley der Ge- setze von mir legen wollte! Wenn ich als Mitstand, der Stadt Rostock jede heilsame An- ordnung in derselben gerne gönnen wollte! und ich sollte meine Meynung darüber sagen, ob die Ritterschaft sich oder jemand der Jhrigen, es sey dienstpflichtige Bauern oder andere Hinterlassen, ohne Nachtheil dem Gast-Recht in Rostock unterwerfen könne, oder nicht? So müßte ich doch auch hier, wo gar nicht von Recht oder Befugniß die Rede seyn soll, der negativæ insistiren.

Für den Edelmann selbst ist eine solche gemeiniglich überraschende Gerechtigkeits- Pflege allemal unangenehm. Er muß zwar leisten was er schuldig ist; die Wege aber, ihn hiezu anzuhalten, sind nicht unbekannt, und der Rostocksche Bürger kann seinen Zweck erreichen, ohne einen Fuß vors Thor zu setzen. Es ist also unnöthig, sich ein onus aufzulegen, wovon die Landesgesetze liberiren. Der dienstpflichtige Bauer, der Un- terthan, sind ein Eigenthum des Edelmanns. Er ist ihr Richter. Sein Eigenthum darf so wenig geschmälert, als seine Gerichtsbarkeit begränzet werden. Was man auch dem Bauern in Rostock extra ordinem abnehmen wollte, könnte leicht seinem Herrn mehr als ihm entzogen werden, also ist es nicht rathsam, ihn dem Gast-Rechte zu unterwerfen. Der Herr Bürgermeister Balke hat dieses selbst in seiner mündlichen Erklärung anerkannt, obgleich es in der schriftlichen ausgelassen worden.

Es wird also nur noch die Frage seyn, ob es rathsam sey, den Pächter und Hinter- lassen dem Gast-Rechte passiv zu unterwerfen.

Ich finde es darum nicht rathsam, weil

- a) ein Pächter seinem Grund-Herrn schuldig seyn, und durch das Gast-Recht gezwungen werden könnte, selbst das, was er aus denen gegen die Pacht überlassenen Fructibus lösen sollte, gegen alle Billigkeit, einem andern hin- zugeben, dessen Forderung zwar auch liquid, aber dennoch nicht so bevorzū- get ist. Weil ferner
- b) die rechtmäßige Ordnung der Creditorum eines Pächters dadurch invertiret und jemand, der auf dem Lande wohnet, gegen den Bürger graviret werden könnte. Endlich
- c) in fraudem der Creditorum auf dem Lande oder des Grund-Herrn ein Päch- ter z. E. eine Schuld simuliren, und vor dem Gast-Recht alles z. E. hier aufgeschüttete Korn einem Manne hingeben könnte, dem er nichts schuldig wäre.

Wie ferne endlich die Löbl. Landschaft es gerathen finde, gegen die Bürger anderer Städ- te,



---

te, im Gast-Recht verfahren zu lassen, ist eine Sache die dermalen meiner Competenz nicht ist.

Uebrigens wird ein jeder selbst bemerken, daß ich hier nur von einer passiven Unterwerfung rede. Wie ferne die Einwohner Mecklenburgs ein Gast-Recht active gegen einen Rostocker Bürger begehren können; solches dependiret von dem Inhalte der Rostockschen Gerichts-Ordnung, und können die Einwohner des Landes von dem Genuß eines gemeinen Gesetzes bekanntlich nicht ausgeschlossen werden, so lange es allgemein ist.

Ich glaube jetzt, dem mir gemachten Auftrage nach meinen Kräften genüget zu haben, und überlasse das weitere dem Ermessen der ansehnlichen Convents-Versammlung.

---

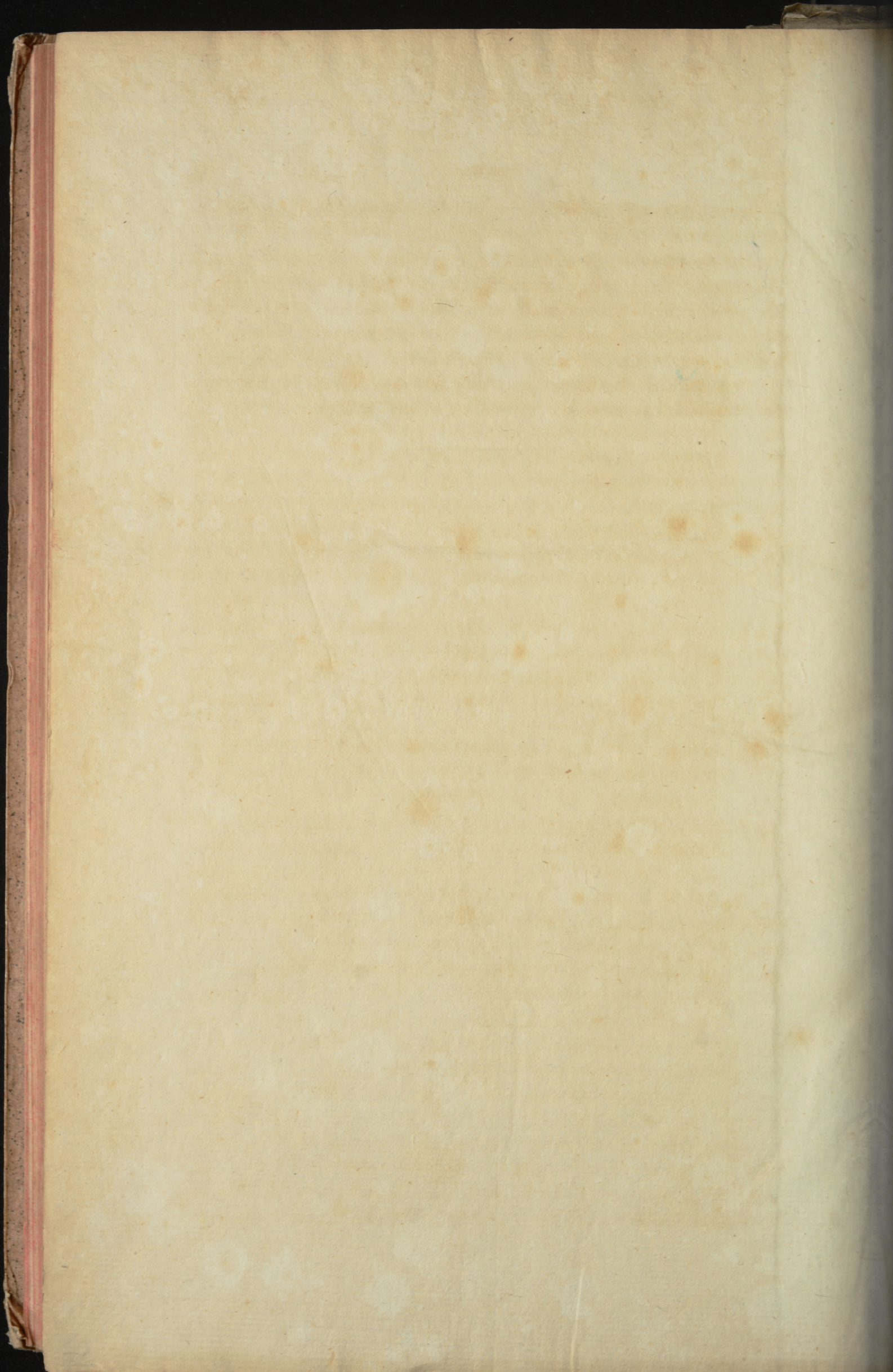






















und Silwerk vorhanden) enthalten, an den ordentlichen Gerichten genügen lassen.

Ja in allen Orten, wo das Gast-Recht weiter ausgedehnet worden, ist es diesem oder jenem doch nur als eine Wohlthat gegen den Bürger zugestanden, nie aber als ein Mittel angesehen worden, einem Fremden sein forum zu nehmen, und froh, daß man ihn endlich habhaft geworden, obtorto collo vor sein eigenes Gericht zu ziehen. Wie solches Willenberg de jure Prutenico anführet, da verordnet ist:

Und sollen desselben Gast-Rechts zu gebrauchen haben, nicht allein die Fremden und Ausländer, sondern auch andere vom Lande und Städten, so des Orts kein Bürger-Recht haben.

Ob schon auch die Städte Danzig und Lübeck ihren Bürgern das Gast-Recht gegen Fremde verstatet haben; so ist doch, wie obgemeldet, zwischen diesen Städten und der Stadt Rostock ganz keine Ähnlichkeit. In Ansehung jener Städte ist alles fremd, was nicht in

ohnet, und da die großen Handels-Städte weit von einander liegen; so erren Bürgern nicht unbillig die Mühe, einen Auswärtigen, der in ihren Ring- fahr trieb, in entfernten Orten aufzusuchen. Gegen solche Fremde könnte ostock auch wohl in Handels-Sachen zum Vortheil der Bürger das Gast- chen. Das Verhältniß aber in welchem die Stadt Rostock mit dem übrigen ist, giebet derselben nicht die geringste Befugniß, über die Landes-Einwoh- chtsbarkeit, durch eine mit der Natur des Gast-Rechts streitende Erweite- zu vergrößern.

r, der das bisher erwiesene mit der mahren Beschaffenheit des ighen Rostock- hts zusammen hält, wird augenscheinlich überzeugt werden, daß das Gast- ock weit über die Gränzen ausschweife, die das Gast-Recht nach ursprüng- begriffen hatte.

Gast-Recht war eine Wohlthat für den Fremden, auf dessen Begehr es live einzig und allein gehalten ward. Der Fremde mußte sich dazu durch ei- miren. Ob einer fremd sey oder nicht, ward nach Entlegenheit des Ortes, keiner Rücksicht beurtheilet. Nicht auf den engen Raum einer Feldmark, ne Entlegenheit über eine starke Tage-Reise gedeutet. Der Bürger, der urften es gar nicht begehren. Ja es ward denen Unterthanen desselbigen n, es zu gebrauchen.

tockische Gast-Recht wird dagegen als eine Wohlthat für den Bürger auf alle , wo es die Jurisdiction zum Vortheil desselben erweitern kann. Durch eine orerationem usualem streitende Auslegung des Wortes Fremder, wird derje- halbe Meile von der Stadt wohnet, zum Fremden gemacht. Ja es wer- anen desselbigen Landes-Herrn als Fremde angesehen. Das Gast-Recht Nachtheil dahin extendiret, daß sie ihres fori beraubet, vor ein fremdes und nach Gesetzen beurtheilet werden sollen, die nicht für sie gegeben sind. noch daran zweifeln, daß dem Gast-Recht in Rostock die außerhalb Ro- Landes-Einwohner gar nicht passive unterworfen seyn können, obgleich sie ie und die Angelegenheiten dazu qualificiret, es allerdings fordern können.

